

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Pazifikstaaten sind anfällig für Naturkatastrophen

Die Pazifikstaaten Fidschi, Vanuatu, Tonga, Papua-Neuguinea und die Salomonen sind nach einer Studie von *United Nations International Strategy for Disaster Reduction* (UNISDR) besonders anfällig für die Folgen von Naturkatastrophen. Alle fünf Inselstaaten gehören zu den 15 Ländern weltweit, die besonders unter Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Vulkanausbrüche, Wirbelstürme und Tsunamis leiden. Nach Angaben von Timothy Wilcox, dem Regional-Koordinator der UNISDR für den Pazifik, kostet die Beseitigung von Schäden allein den Staat Fidschi jährlich rund 79 Millionen US-Dollar, das entspricht 2,6 % des fidschianischen Bruttoinlandproduktes. Dabei wäre es ein Leichtes, die Folgen von Naturkatastrophen abzumildern, erläuterte Wilcox. So ließen sich z.B. mit einer Steigerung der Baukosten von nur 10 % Neubauten auf den Inseln relativ sturmsicher bauen.

Wilcox hatte Journalisten aus dem ganzen Pazifik zu einem zweitägigen Workshop in die fidschianische Hauptstadt Suva eingeladen. Hier stellte er die Ergebnisse der im Herbst 2013 veröffentlichten UNISDR-Studie „The Pacific Experience in developing policy and legislation on disaster risk reduction and climate change adaption“ vor und sensibilisierte die Medienvertreter für vorbeugende Maßnahmen. Wenn die Medien das Thema aufgriffen, seien die Leute besser informiert über die Vermeidung größerer Schäden in Folge von Naturereignissen und könnten sich früher - etwa mit dem Bau adäquater Unterkünfte - darauf einstellen, so Wilcox. (<http://www.unisdr.org/we/inform/publications/34003>, *Radio Australia*, 10.10.13)

### PNA fordert niedrigere Fangquoten

Im Vorfeld der Jahrestagung der *Western and Central Fisheries Commission* (WCPFC) vom 2. bis zum 6. Dezember im australischen Cairns haben die Mitgliedsländer der so genannten „Nauru-Vereinbarung“ (*Parties to the Nauru Agreement*, PNA) gefordert, die Fangquote für den bedrohten Großaugenthunfisch zu reduzieren. Nach PNA-Angaben wird der Großaugenthun durch Langleinen-Boote überfischt. Experten fordern eine Reduzierung der jährlichen Fangmenge um 40 bis 45 %. Dann erst könnten sich die Bestände erholen und man könne von einer nachhaltigen Befischung sprechen, hieß es aus Expertenkreisen. Obwohl einige WCPFC-Mitglieder bereits seit 2008 eine Reduzierung der Fangmenge diverser Thunfischarten fordern, hat bis dato nur die PNA eine Richtlinie zum Schutz junger Großaugenthunfische erarbeitet.

Auf der Jahrestagung der WCPFC wird vermutlich kontrovers diskutiert werden. Die USA fordern, die Fangmenge für Langleinen-Trawler nicht zu begrenzen, sondern stattdessen das Fischen mit *Fish Aggregating Devices* (FAD, Fischsammler = künstliche schwimmende Plattformen) auf den Ringwaden-Booten zu bestimmten Zeiten einzuschränken. PNA-Geschäftsführer Dr. Transform Aqorau vermutet, dass die USA mit dieser Forderung ihre eigene, in Hawai'i stationierte, Langleinen-Flotte schützen wollen.

Auf der anderen Seite stehen die PNA und Japan. Sie fordern eine generelle Begrenzung der Fangquote von Großaugenthunfisch, unabhängig von der Fangmethode (Langleine oder Ringwade).

Aqorau erklärte, dass das von den PNA-Ländern betriebene Abfischen möglichst schonend für bedrohte Thunfischarten vonstatten gehe. Es stünde fremden Nationen wie den USA nicht zu, Kriterien für den Fang festzulegen. Wer Fische aus dem Pazifischen

Ozean entnehme, müsse sich auch bereiterklären, dazu Einschränkungen wie etwa eine Reduzierung der Fangquote zu akzeptieren, erklärte der PNA-Chef. Die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände müsse ein Anliegen aller Fischfangnationen sein.

*Info:* Zur 1982 gegründeten PNA gehören folgende Pazifikstaaten: Förderierte Staaten von Mikronesien, Kiribati, die Marshallinseln, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, die Salomonen und Tuvalu. Sie kontrollieren die weltweit größte Ringwadenflotte auf einer Wasserfläche von 14,3 Mio. Quadratkilometern und decken 30 % des weltweiten Bedarfs an Thunfisch ab. Gemeinsam mit der WCPFC kontrolliert die PNA 3.600 Langleinen- und 297 Ringwadenboote im Pazifik. Im vergangenen Jahr wurden damit über zwei Millionen Tonnen Großaugenthunfisch im Wert von sieben Milliarden US-Dollar im westlichen Pazifik gefangen. (*Marshall Islands Journal* 22.11.13, 25.11.13, <http://www.pnatuna.com>, *Radio NZ. Intern.* 26.11.13, <http://www.wcpfc.int/>)

### Neuer Direktor der SPC

Dr. Colin Tukuitonga aus Niue ist neuer geschäftsführender Direktor des *Sekretariats der Pazifischen Gemeinschaft* (SPC). Er wurde im Rahmen der halbjährlichen Mitgliederversammlung der SPC vom 12. bis zum 15. November in der fidschianischen Hauptstadt Suva zum Nachfolger von Jimmie Rodgers aus den Salomonen gewählt. Dessen Vertrag läuft nach bereits erfolgter einmaliger Verlängerung zum Ende des Jahres aus. Rodgers war seit 2005 im Amt.

Colin Tukuitonga konnte sich gegen die beiden anderen Kandidaten, den Neuguineer Peter Eafeare und den US-Samoaner David Cohen, durchsetzen. Der gebürtige Niueaner arbeitet bereits seit einem Jahr als Referent für den Bereich öffentliche Gesundheit (*Public Health Division*) im Hauptbüro der SPC im neukaledonischen Nouméa. Der Experte für Gesundheit war zuvor mehrere

Jahre in leitender Funktion bei der Weltgesundheitsorganisation WHO in Genf (Schweiz) beschäftigt. Davor war er als Gesundheitsexperte im neuseeländischen Gesundheitsministerium in Wellington angestellt.

Tukuitonga werden ab Januar 2014 zwei Vize-Geschäftsführer zur Seite stehen: Zum Programmdirektor wurde Fabian McKinnon ernannt, zuständig für das operative Geschäft ist zukünftig Cameron Diver.

*Info:* Die *Pazifische Gemeinschaft* ist eine Internationale Organisation mit dem Ziel der sozialen und ökonomischen Entwicklung ihrer Mitgliedstaaten durch gutachterliche und beratende Aktivitäten. Sie wurde am 6. Februar 1947 als Südpazifische Kommission (*South Pacific Commission*) von Australien, Frankreich, den Niederlanden, Neuseeland, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten gegründet und ist damit eine der ältesten regionalen Organisationen weltweit. Ihren heutigen Namen erhielt die Organisation 1997. In ihrem Auftreten verwendet sie die Bezeichnung *Secretariat of the Pacific Community*, um Kontinuität in dem Gebrauch des Kürzels *SPC*, das ursprünglich für *South Pacific Commission* stand, zu wahren; gleichwohl handelt es sich bei dem Sekretariat nur um einen Teil der Organisation.

Der Hauptsitz der Pazifischen Gemeinschaft befindet sich in Nouméa (Neukaledonien), das Bildungszentrum und das Landwirtschafts- und Forstprogramm haben ihren Sitz in Suva (Fidschi). Zur SPC gehören neben den Gründungsstaaten (s.o.) 22 pazifische Staaten und Territorien.

Anfang November nahm die SPC den seit 2002 unabhängigen Staat Timor-Leste als neues Mitglied auf. (*Radio Australia* 21.11.13, *Flash d'Océanie* 19.11.13, <http://www.spc.int/>)

## Kampf gegen Frühgeburten

Nach einer Studie des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen UNICEF sterben immer noch zu

viele Frühgeborene in den Pazifikstaaten. Obwohl die Säuglingssterblichkeit durch eine Reihe von Maßnahmen in den letzten Jahren gesenkt werden konnte, ist die Rate der Frühgeborenen gestiegen. Demnach sind 50 % aller verstorbenen Säuglinge Frühchen. Im Jahr 2012 starben in der ganzen Region 600 Kinder innerhalb der ersten 28 Tage nach der Geburt.

Besonders betroffen vom frühen Säuglingstod sind Fidschi, Kiribati, die Salomonen und Vanuatu. In Fidschi sind 50 % der unter 5-jährigen verstorbenen Kinder Frühchen. Ähnlich hoch ist die Prozentzahl bei den anderen drei Staaten. Bei 43 % der verstorbenen Säuglinge aus Fidschi traten schon vorgeburtliche Schwierigkeiten auf. Auf den Salomonen beträgt die Quote gar 50 %.

Dr. Karen Allen, UNICEF-Beauftragte für Säuglings- und Müttersterblichkeit in der Region Ozeanien, erklärte, Frühgeburten sei neben Lungenentzündungen die zweithäufigste Todesursache bei Kindern unter fünf Jahren. Dabei könnte nach Angaben von Dr. Allen die Frühgeborenensterblichkeitsrate unter Einhaltung auch kostengünstiger Methoden drastisch gesenkt werden. Weniger Teeangerschwangerschaften, verbesserte Vorsorgeuntersuchungen und frühgeburtliche Diagnostik könnten die Säuglingssterblichkeitsrate reduzieren, erklärte Dr. Allen. Sie begrüßte die pazifischen Staaten, die sich bereits jetzt dem Kampf gegen Säuglings- und Kindersterblichkeit verschrieben hätten und dazu Maßnahmen erarbeitet hätten.

*Info:* Von einer Frühgeburt spricht man bei der Geburt eines Säuglings vor Vollendung der 37. Schwangerschaftswoche. Eine normale Schwangerschaft dauert 40 Wochen. Bei frühgeborenen Kindern („Frühchen“) dauert sie weniger als 260 Tage; gerechnet vom ersten Tag der letzten Menstruation. Frühchen wiegen in der Regel weniger als 2.500 Gramm. ([http://www.unicef.org/pacificislands/1852\\_21815.html](http://www.unicef.org/pacificislands/1852_21815.html), *Radio NZ. Intern.* 20.11.13)

## Gute Noten von der Weltbank

Palau, Tonga und Vanuatu sind nach einer Ende Oktober vorgelegten Studie der Weltbank die pazifischen Länder, in denen im vergangenen Jahr Wirtschaftsreformen mit gutem Erfolg implementiert wurden. Der jährliche Bericht der Weltbank *„Doing Business 2014 - Understanding Regulations for Small and Medium-Size Enterprises“* hat sich mit den Wirtschaftssystemen in 189 Ländern beschäftigt. Jonathon Kirkby, der Finanzberater der Weltbank für den Pazifik, erklärte, im Großen und Ganzen hätten die Pazifikstaaten Fortschritte bei der Implementierung von Wirtschaftsreformen gemacht. Seit 2005 hätten 24 von 25 untersuchten Pazifikstaaten ihre Regulierungen für den Weltmarkt verbessert. Nachholbedarf gäbe es jedoch im Hinblick auf kleine und mittelständische Unternehmen. Hier sei Tonga ein Best-Practice-Beispiel, weil die Regierung im letzten Jahr die Bedingungen für kleine Betriebe verbessert habe, erklärte Kirkby. Gerade den kleinen Betrieben sei durch einige Reformen des Wirtschaftswesens der Zugang zum Markt erleichtert worden.

Der Weltbank-Bericht lobte Palaus Bemühungen zur Verbesserung des Kreditwesens und betonte vor allem die Erleichterungen im Hinblick auf Vertragsabschlüsse zwischen Handelsunternehmen. Sowohl Palau als auch Vanuatu werden in dem Bericht für die Neuerungen im Kreditwesen gelobt, der es kleinen Unternehmen ermöglicht, unkompliziert größere Kredite für Investitionen aufzunehmen. Beide Staaten hatten dafür eigens eine Kreditvergabestelle eingerichtet.

Kirkby riet, vor allem Familienunternehmen finanziell zu unterstützen. Sie stärkten in insulären Kleinststaaten mit niedriger Bevölkerung die Wirtschaftskraft, könnten sich aber im Vergleich zu internationalen Konzernen keine eigenen Rechtsanwälte, Finanzberater oder Betriebswirte leisten. Hier müssten Reformen ansetzen.

**Info:** Der Jahresbericht „Doing Business“ erscheint zum elften Mal. Er untersucht einheimische Firmen in 189 Ländern nach einem 10 Punkte-Kriterienkatalog, dazu gehört u.a. die Frage nach dem Start-up eines Unternehmens, nach dem Umgang mit einer drohenden Insolvenz und nach Handelsbeziehungen mit dem Ausland. Der Bericht erstellt ein Ranking anhand dieser Kriterien. Auf Platz 1 in diesem Jahr kam Singapur, gefolgt von Hongkong, Neuseeland und den USA. Tonga steht auf Platz 57, Samoa auf 61, Fidschi auf 62, Vanuatu auf 74 und Palau auf Platz 100 (von insgesamt 189). (<http://www.doingbusiness.org/>, Radio Australia 30.10.13)

## Zusammenarbeit mit Korea

Bei dem zweiten pazifisch-koreanischen Regierungstreffen „*2nd Korea-Pacific Islands Senior Officials Meeting*“ (SOM) am 22. Oktober 2013 in der koreanischen Hauptstadt Seoul haben die Vertreter Koreas und der 14 anwesenden Pazifikstaaten eine enge Kooperation vereinbart. Als künftige Schwerpunkte der Zusammenarbeit wurden folgende Themen verabredet: Klimawandel, Entwicklungshilfe, Fischerei und nachhaltige Bewirtschaftung des Ozeans. Dabei bezieht sich der letzte Punkt nicht nur auf eine nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände, sondern auch auf die Weiterentwicklung des Tourismus sowie den potentiellen Tiefseebergbau.

Korea und die Vertreter der Pazifikstaaten waren sich einig über die große Bedeutung des Pazifischen Ozeans im Blick auf Ressourcen und Biodiversität. Die Teilnehmer des Treffens vereinbarten auch eine bessere Überwachung der Region, um illegale Fischerei einzudämmen.

Bei dem Treffen wurde ebenfalls die bereits von Korea geleistete Entwicklungshilfe in Ozeanien hervorgehoben. So hat Korea über einen Zeitraum von 20 Jahren bereits 50 Millionen US-Dollar in Projekte zur Armutsbekämpfung

und zur Verbesserung der Gesundheitssituation in einigen Pazifikstaaten investiert. Dazu hatten Korea und das Pacific Islands Forum bereits 2010 ein *Primary Health Care Training Program* ins Leben gerufen. In diesem von 2011 bis Ende 2013 laufenden Projekt werden pazifische Krankenschwestern und Ärzte in Korea ausgebildet. Kürzlich hat Korea zusätzlich noch den *Green Climate Fund* eingerichtet, um Pazifikstaaten bei der Bewältigung der Klimawandelfolgen finanziell unter die Arme greifen zu können. (*Pressemitteilung Pacific Islands Forum* 22.10.13, [http://www.mofa.go.kr/ENG/press/pressreleases/index.jsp?menu=m\\_10\\_20&sp=/webmode/htsboard/template/read/engreadboard.jsp%3FtypeID=12%26boardid=302%26seqno=312964](http://www.mofa.go.kr/ENG/press/pressreleases/index.jsp?menu=m_10_20&sp=/webmode/htsboard/template/read/engreadboard.jsp%3FtypeID=12%26boardid=302%26seqno=312964))

## Workshop zur Inklusion

Das Sekretariat des *Pacific Islands Forum* hat in Kooperation mit der Weltgesundheitsorganisation und dem *Pacific Disability Forum* Ende November in der fidschianischen Hauptstadt Suva einen Workshop durchgeführt, um herauszufinden, wie behinderte Menschen besser in das Alltagsleben integriert werden können. Dabei ging es den Workshopteilnehmern zunächst darum, wie verlässliche Daten über die Anzahl behinderter Menschen in den einzelnen Pazifikstaaten gewonnen werden können. Die regionalen Behindertenbeauftragten der Länder überlegten, welches Budget im nationalen Haushalt eines jeden Landes für die Belange behinderter Menschen bereitgestellt werden muss. Bei dem Austausch sollte es auch darum gehen, wie die Rechte Behinderter gestärkt und diese in die Gesellschaft inkludiert werden können. Diskutiert wurde gleichfalls die große Lücke zwischen dem, was Behindertenverbände für ihre Arbeit benötigen und dem, was Regierungen bereit sind, dafür zu tun. (<http://www.pacificdisability.org/>, Fiji Sun 24.11.13)

## Länderübergreifendes Musikprojekt

Bereits im zweiten Jahr in Folge haben sich in Australien bekannte weibliche Singer-Songwriter aus Australien, Neuseeland und Papua-Neuguinea getroffen, um gemeinsam in der von Vicki Gordon produzierten Show „Walk a mile in my shoes“ im Rahmen des „Queensland Music Festival“ aufzutreten. Die Soulsängerinnen aus der Asien-Pazifik-Region gaben sich den Namen *Barefoot Divas*, weil alle sechs barfuss auf der Bühne stehen. Die in ihren Heimatländern berühmten Sängerrinnen erlernten für das gemeinsame Musikprojekt jeweils traditionelle Lieder aus den Herkunftskulturen der Mitglieder. So wurden beim Festival in Brisbane, der Hauptstadt des Bundesstaates Queensland, Liebes- und Trauerrieder, aber auch Eigenkompositionen aus Arnheim-Land, Papua-Neuguinea, Nord-Australien und der Südinsel Neuseelands vorgelesen. Gesungene Lieder wechselten sich mit gesprochenen Texten und Tänzen ab.

Die *Barefoot Divas* sind: Ursula Yovich (Arnheim-Land, mit serbischen Vorfahren), Emma Donovan (Gumbayngirr Northern NSW), Ngaiire aus Papua-Neuguinea sowie die drei Maori Maisey Rika, Whirimako Black and Merenia mit jeweils schottischen, Roma- und Maori-Hintergründen. Die Damen planen für das kommende Jahr eine USA-Tournee.

Ziel des Musikprojektes ist es, das Gemeinsame aller Frauen trotz ihrer unterschiedlichen kulturellen Identität und Herkunft zu feiern und sich über globale Themen wie Liebe und Tod kulturübergreifend durch die Musik auszutauschen.

**Info:** Der Song „Walk a mile in my shoes“ wurde 1969 von Joe South geschrieben und 1970 von seiner Band „Joe South and the Believers“ erstmals gesungen. Das Lied handelt von Toleranz und Respekt vor Menschen unterschiedlicher Hautfarbe und ruft zu Mitleid und zur Schaffung von

Perspektiven für „Ausländer“ auf. Der Song wurde mehrfach gecover, u.a. noch im selben Jahr von Elvis Presley und von Harry Belafonte.

(<http://www.youtube.com/watch?v=03OCVG9zBmQ>,  
<http://brisbanepowerhouse.org/events/2013/07/26/barefoot-divas-walk-a-mile-in-my-shoes/>,  
<http://www.rockpaperscissors.biz/Wikipedia>)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### Verstaatlichung der Ok Tedi-Mine

Die Golf- und Kupfermine Ok Tedi in der Western Province ist verstaatlicht worden. Die Mine war 1984 in Betrieb genommen worden, Hauptanteilseigner war zu Beginn der australisch-britische Bergbaukonzern BHP Billiton. Gegen die Zusage, aufgrund umweltschädlicher Maßnahmen wie das Einlassen von giftigen Abwässern in die Flüsse Fly und Ok Tedi nicht verklagt zu werden, hatte BHP 2001 seine Anteile verkauft. Sie wurden im Jahr 2002 übernommen von einem eigens dafür in Singapur eingerichteten Wohlfahrtsfonds, dem *PNG Sustainable Development Program* (PNGSDP), das fortan 63 % der Anteile hielt. Die restlichen 37 % waren im Besitz der Regierung, über den staatseigenen Minenbetreiber *Ok Tedi Mining Limited* (OTML). Der PNGSDP investierte zwei Drittel seiner Dividende in Strukturentwicklungsmaßnahmen in den Dörfern entlang der Flüsse, die von den giftigen Abwässern aus der Mine besonders betroffen waren. Ein Drittel der Einnahmen wurde für Entwicklungshilfeprojekte in anderen Provinzen des Landes aufgewendet. Der PNGSDP galt neben der staatlichen australischen Entwicklungshilfeorganisation AusAID als der größte Entwicklungshilfegeber im Land.

Mit der Amtsübernahme von Premierminister Peter O'Neill im August 2012 kam es zu großen Un-

stimmigkeiten zwischen der Regierung und dem PNGSDP.

Das Parlament löste nun überraschend am 19. September die Straffreiheit von BHP Billiton auf und machte damit den Weg frei für Klagen von Landeignern am Fly River gegen Umweltschäden durch BHP. Außerdem enteignete die Regierung den PNGSDP und übernahm dessen Anteile, so dass der Staat nun zu 100 % im Besitz der landesweit größten und wertvollsten Gold- und Kupfermine ist.

Als eine weitere Maßnahme wurde der Aufsichtsratsvorsitzende des PNGSDP, der ehemalige neuguineische Premierminister Sir Mekere Morauta, seines Amtes enthoben.

Nach Schließung des inzwischen auf 1,4 Milliarden US-Dollar angewachsenen Fonds mussten innerhalb kürzester Zeit mehr als 100 vom PNGSDP geförderte Sozial- und Umweltprojekte im Land beendet werden, darunter auch wichtige Strukturfördernde Maßnahmen wie Wasserkraftwerke, Energiebetriebe, Stipendienprogramme für Studenten aus der Western Province und Infrastrukturmaßnahmen wie der Bau von Brücken und Straßen..

Den Landeignern in den rund 162 Dörfern im Minengebiet blieb nichts anderes übrig, als der Verstaatlichung der Mine nachträglich zuzustimmen. Die Vereinigung der Landeigner, die *Mineral Resources Star Mountain*, zeigte sich erfreut über die Entwicklungen. Von der Regierung erwartet sich die Vereinigung infrastrukturelle Verbesserungen sowie einen Ausbau der vorhandenen dörflichen Strukturen wie Aid Posts, Schulen und Gemeinderäume. Die Regierung gab an, die Mine ganz im Sinne der Landeigner betreiben und verwalten zu wollen.

Alle Einnahmen aus der Mine kommen zukünftig dem Staat zugute und müssen nicht mehr mit dem aufgelösten PNGSDP geteilt werden, hieß es aus Regierungskreisen (*Reuters* 19.09.13, *ABC* 20.09.13, *Radio Australia* 20.09.13, *The National*

24.10.13, *PNG Mine Watch* 19.09.11, *Post Courier* 25.09.13, 21.10.13, <http://devpolicy.org/ok-tedi-sdp-20130924/>)

#### Premier denkt über Wehrpflicht nach

Premierminister Peter O'Neill hat nach seiner Rückkehr von einer Dienstreise nach Israel im Parlament die Diskussion um die Einführung einer Wehrpflicht für junge Menschen eröffnet. Er habe in Israel beobachten können, wie diszipliniert junge Menschen dort seien, das habe seiner Ansicht nach mit dem verpflichtenden Wehrdienst dort zu tun, erklärte O'Neill. Er könne sich die Einführung des Wehrdienstes in Papua-Neuguinea sehr gut vorstellen. Damit bekäme man einerseits viele junge arbeitslose Menschen von der Straße weg, andererseits erlernten die jungen Leute bei einem Wehrdienst Disziplin, Regeln und Tagesstrukturen. Die Armee könne auch eine gute berufliche Alternative für viele bis dato arbeitslose Jugendliche sein, die aufgrund abgebrochener Ausbildungen keine berufliche Perspektive hätten. O'Neill erklärte in diesem Zusammenhang, dass die Regierung vermutlich zum nächsten Jahr eine allgemeine Schulpflicht einführen werde.

Mit Einwilligung der Eltern können neuguineische Jugendliche bisher nach erfolgreichem Schulabschluss von Grade 12 mit 16 Jahren in die Freiwilligen-Armee eintreten. (*Flash d'Océanie* 18.11.13, *News.com.au* 18.11.13)

#### Einschränkung der Pressefreiheit

Erstmals hat die Regierung missliebigen Journalisten der staatlichen Rundfunkanstalt *National Broadcasting Corporation* (NBC) gekündigt. Der Rundfunkredakteur Michael Asagoni sowie die Radioproduzenten Dick Sorariba und Mulai Robby vom Sender *Kundu 2* erhielten zum 1. November 2013 ihre Kündigung von NBC-Direktor Memafu Kapera. Die beiden Zeitungsredakteure Jerry Ginua und

Wesley Manuai mussten zu einer Anhörung in die Chefetage von NBC. Dort wurde ihnen mitgeteilt, dass sie fortan nicht mehr über das aktuelle Tagesgeschehen berichten dürften. Ihnen wurde stattdessen ein Job im Zeitungsarchiv übertragen.

Grund für die Kündigungen waren nach Angaben der NBC die kritische Berichterstattung und die Hörfunkbeiträge der betroffenen Journalisten in Bezug auf die Verstaatlichung der OK Tedi-Mine und die Auflösung des *Papua New Guinea Sustainable Development Program* (PNGSDP). Außerdem hatten die Journalisten mit investigativer Recherche einen Korruptionsfall aufgedeckt. Sie fanden heraus, dass der Premierminister inoffiziell 70 Millionen Kina an eine Rechtsanwaltskanzlei gezahlt hatte, um die Ok Tedi-Verstaatlichung abzuwickeln.

Die Regierung argumentierte, die Beiträge der Journalisten seien nicht objektiv gewesen, sondern hätten die Meinung der Opposition widergespiegelt.

Für Aufregung sorgte auch die Ausweisung des australischen Journalisten Mark Davis, der als Medienberater für den PNGSDP tätig war. Davis wurde quasi vom Schreibtisch weg deportiert. Er hatte noch nicht einmal die Gelegenheit, zu seinem Haus zurückzukehren und seine persönlichen Gegenstände einzupacken. Die australische Botschaft hat wegen der überstürzten Ausweisung eine offizielle Anfrage an die Regierung gestellt und um Aufklärung gebeten. (*Radio NZ Intern. 11.11.13, Pacific Media Watch*)

## Eklatanter Lehrermangel

Nach Auskunft des Bildungsministeriums fehlt es jährlich an 10.000 Lehrern. Neben der altersbedingten Pensionierung sorgt vor allem die Abwanderung der Lehrer in besser bezahlte Jobs für diesen Mangel, wie Brian Gaius Monie vom Bildungsministerium anlässlich des Workshops „National Youth Employment Framework“

zur Arbeitssituation der Jugendlichen im Land bekanntgab. Die 48.700 gemeldeten Lehrkräfte sollen deshalb vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2016 stufenweise eine Gehaltserhöhung in Höhe von 10 % bekommen.

Laut einer Statistik des Ministeriums besuchen 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche zwischen vier und 14 Jahren eine Schule, rund eine halbe Million Kinder gehen nicht zur Schule. Neben dem Lehrermangel ist der Schulabbruch ein großes Problem. Schulabbrecher gerieten in den großen Städten schnell auf die schiefe Bahn, sagte Monie. In Kooperation mit der Abteilung für höhere Bildung bemühe sich das Ministerium deshalb, mehr Ausbildungs- und Fortbildungsplätze im technischen und landwirtschaftlichen Bereich anzubieten. (*Post-Courier 9.10.13, The National 30.10.13*)

## Hauptstadt verbietet Betelnuss

Seit dem 1. Oktober ist im National Capital District (NCD) das *„Betelnut Control Bill 2013“* in Kraft. Das Gesetz verbietet bei Strafe das Kauen von Betelnuss (*buai*) sowie das Ausspucken des rötlichen Saftes. Auch das Wegwerfen von Betelnusschalen ist verboten. Betelnüsse dürfen nicht mehr von Straßenhändlern an öffentlichen Plätzen verkauft werden, anderenfalls müssen diese 1.000 Kina Strafe zahlen. Die Straßenhändler dürfen jedoch weiterhin Betelnüsse außerhalb der Stadtgrenze oder in ihrem Privathaushalt verkaufen.

Wer aus einem Fahrzeug heraus den roten Saft durch das Fenster auf Straßen und Bürgersteige spuckt, riskiert ebenfalls hohe Geldstrafen. Verstöße gegen das Gesetz werden mit einer Geldstrafe in Höhe von 500 Kina (ca. 140 Euro) geahndet. Zusätzlich kann der Täter zur Ableistung von zwei bis sechs Sozialstunden herbeigezogen werden.

Flug- und Schifffahrtsgesellschaften, die illegal Betelnüsse nach Port Moresby transportieren,

müssen 9.500 Kina Strafe zahlen. Zur Kasse gebeten werden auch Inhaber von Geschäften, die ihren Angestellten und Mitarbeitenden auf dem Firmengelände das Kauen der Nüsse erlauben.

Erlaubt wird die Einfuhr von Betelnüssen bis zu 50 Kilo nur in Ausnahmefällen auf Antrag. Als Ausnahmen gelten Brautpreise, Gaben für ein *haus kra*, ein Kulturfestival oder eine Hochzeit. Die Antragstellung kostet 50 Kina.

Die Bevölkerung wurde in ganzseitigen Zeitungsanzeigen mit Fotos über die Einzelheiten des Gesetzes sowohl in Tok Pisin als auch in Englisch informiert.

Ziel der drastischen Maßnahme ist laut NCD-Gouverneur Moses Parkop die Verschönerung des Stadtbildes. Die durch den roten Saft verschmutzten Straßen böten kein gutes Bild von der Hauptstadt, die sich für die Großereignisse in den kommenden Jahren wie das *Melanesian Festival of Arts* im kommenden Jahr, die *Pacific Games 2015* und das *AKP-Gipfeltreffen 2018* rüsten will, erklärte Parkop. (*Wantok, 2.10.13, Post-Courier 08.10.13*)

## Bald Busse nur für Frauen?

Laut einem Vorschlag von *UN Women* soll es demnächst in Port Moresby öffentliche Busse nur für Mädchen und Frauen geben.

Die Abteilung für Frauen bei den Vereinten Nationen hatte bei einer Studie unter neuguineischen Frauen im vergangenen Jahr herausgefunden, dass 87 % aller Befragten aus Angst vor sexuellen Übergriffen und Anmachen die Fahrt im Bus scheuten. Dies habe unmittelbare Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, da sich qualifizierte Frauen nicht trauten, sich für Jobs zu bewerben, die mit einer Anfahrt im Bus verbunden sei, erklärte Julie Bukikun, die Regionalkoordinatorin von *UN Women* in Port Moresby. Aus dem gleichen Grund verweigerten viele Mütter ihren Töchtern den Schulbesuch. Die „Nur für Frauen“-

Busse könnten das Problem von Gewalt gegen Frauen in PNG natürlich nicht lösen, sagte Bukikun. Sie könnten jedoch dazu beitragen, dass Frauen gefahrlos ans Ziel kämen und sie seien auch ein kleiner Schritt hin zu einer gewaltfreieren Gesellschaft. (Flash d'Océanie 13.11.13, <http://www.unwomen.org/>)

## BOUGAINVILLE

### Abkommen mit Korea

Die autonome Region Bougainville hat mit einem koreanischen Firmenkonglomerat ein Abkommen über die Gewinnung von Bodenschätzen in Bougainville getroffen. Zur Vertragsunterzeichnung waren der bougainvillesche Bergbauminister Michael Oni und der Präsident der koreanischen Firma *PME International*, Gil-Su Jung, in das Hotel Shangri-La nach Manila (Philippinen) gereist. In dem Abkommen wurde zunächst die Bewirtschaftung von 60.000 Hektar Primärregenwald ausgemacht. Hier soll PME nicht nur wertvolle Hölzer für den Weltmarkt schlagen, sondern die Flächen anschließend in Ölpalm-Plantagen umwandeln. Ziel ist laut Minister Oni der kontinuierliche Geldzufluss durch den Verkauf des Palmöls.

In einem zweiten Schritt soll PME auch andere inseleigene Ressourcen wie Thunfisch oder Bodenschätze (Gold, Kupfer, Erze) gewinnen und vermarkten. *PME International* versprach im Gegenzug den Ausbau der Infrastruktur in Bougainville durch Anlage von Häfen, Bau von Brücken und Verbesserung der inländischen Verkehrswege. Die koreanische Firma erklärte, dass das Abkommen mit der autonomen Region Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten für die Einheimischen schaffe. (Manila Standard Today 29.11.13)

## PNG-Literaturpreis

Leonard Fong Roka aus Bougainville ist mit dem diesjährigen neuguineischen Literaturpreis „Crocodile“ ausgezeichnet worden. Er bekam den Preis für seine Kurzgeschichte „Farewell my Bougainville Prophetess“.

Roka wurde am 25. Juli 1979 in Arawa (South Bougainville) geboren und wuchs in Panguna auf. Seit 2011 veröffentlicht er Gedichte und Kurzgeschichten über die Geschichte und Politik von Bougainville in seinem Internettagebuch

<http://fongroka.blogspot.com>.

Der PNG-kritische Autor nimmt dabei kein Blatt vor den Mund und fordert gar, Bougainville fortan als zu den Salomonen zugehörig zu betrachten.

In seiner preisgekrönten Geschichte verabschieden sich Mutter und Tochter am Flughafen von Bougainville voneinander. Die Tochter fliegt zum Lehramtsstudium nach Papua-Neuguinea und lässt die verwitwete Mutter zurück. In dem Abschiedsgespräch dieser beiden starken Frauen wird die ganze Vergangenheit der Insel lebendig: Der Ehemann ist im Kampf um die Panguna-Mine getötet worden, die Tochter ist in ihrer matrilinearen Gesellschaft zum *chief* aufgestiegen und bekommt vom Mutterbruder die Anweisung, sich nicht etwa in Papua-Neuguinea einen Ehemann zu suchen, sondern lieber einen Mann aus Bougainville zu heiraten, der mit den Mythen der Vergangenheit und der jüngeren Geschichte der Insel vertraut ist. (ABC Radio Australia 09.10.13., Leonard Fong Roka: Farewell my Bougainville Prophetess, <http://www.poemhunter.com/leonard-fong-roka/biography/>)

## SALOMONEN

### Wiedereinführung von Waffen

Die *Royal Solomon Islands Police Force* (RSIPF) denkt über die Wiedereinführung von Feuerwaffen für einige Polizeieinheiten

nach. Die Minister baten die RSIPF in einem ersten Schritt zu klären, wer unter welchen Bedingungen und wie für einen Dienst an der Waffe ausgebildet werden kann. Im Gespräch sind nach Angaben des Oberkommandierenden der RAMSI-Polizeitruppe, Paul Osborne, drei Polizeieinheiten: die Flughafenpolizei, die Personenschützer sowie Sondereinsatzkräfte bei Kapitalverbrechen.

Als die *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* ihren Dienst aufnahm, erließ sie im Rahmen des *Townsville Peace Agreement* im Jahr 2000 als eine der ersten Maßnahmen eine Waffen-Amnestie. Aufständische aus den Bezirken Malaita und Guadalcanal konnten ihre Waffen ohne Furcht vor Repressalien in Polizeidienststellen abgeben, dort wurden sie unbrauchbar gemacht. Etliche Waffen aus Rebellenhand waren zuvor einheimischen Polizisten gestohlen worden. Bis 2003 waren bereits rund 6.000 Waffen und 300.000 Stück Munition abgegeben worden, das entsprach einem Anteil von 95 % der fabrizierten Waffen, die unter Zivilisten vermutet wurden.

Seit der Anwesenheit von RAMSI-Personal haben Angehörige der einheimischen Polizeikräfte keine Waffen mehr getragen. Osborne erklärte, man müsse deshalb zunächst Schulungen für die entsprechenden Personen anbieten. Geplant ist zunächst, rund 100 bis 150 Polizisten mit Gewehren und Pistolen auszustatten. Mit der Beschränkung auf einen kleinen Personenkreis soll vor allem die Öffentlichkeit beruhigt werden, die sich um ihre Sicherheit sorgt, wenn wieder Waffen ins Land gebracht werden.

Die limitierte Wiedereinführung von Waffen für die RSIPF geschieht gemäß des Übergabeabkommens zwischen der RAMSI und den einheimischen Kräften. Das Strategiepapier „2013-2017 RAMSI Drawdown Strategy“ regelt die Übergabe aller bisherigen RAMSI-Aufgaben im Justiz-, Polizei- und Gerichtswesen in den nächsten fünf Jahren an einheimi-

ches Personal. (*Solomon Times* 18.10.13, *Radio Australia* 25.10.13, *Pressemitteilung SI Government online*)

## Neuer Bericht der Weltbank

Die Regierung der Salomonen und die Weltbank haben Anfang September die Ergebnisse einer Studie zu den Gründen und Konsequenzen von Auseinandersetzungen im dörflichen Kontext veröffentlicht. Ziel war es, herauszufinden, wie in derartigen Fällen traditionelle Konfliktlösungsstrategien funktionieren und welche Art von Rechtssystem angewendet wird. Für die Untersuchung „Justice delivered locally: Systems, Challenges and Innovations in Solomon Islands“ hat ein Team aus Solomon Islandern und australischen Experten Dörfer in den fünf (von insgesamt neun) Provinzen Guadalcanal, Isabel, Malaita, Renbel und Western Province besucht und hier mit Dorfbewohnern, Klanältesten und traditionellen Landeignern gesprochen.

Rund 3.000 Personen wurden nach ihrer Meinung über das staatliche Rechtssystem befragt. Die meisten stimmten darin überein, dass die öffentlichen Dienste des Staates wie Polizei und Justizsystem in ländlichen Regionen zu wenig präsent seien und nicht gut funktionierten. Zwar anerkannten die Befragten den Staat Salomonen an sich als oberste Rechtsinstanz, verließen sich im Alltag jedoch lieber auf traditionelle Methoden der Konfliktlösung und Versöhnungszeremonien innerhalb ihres überkommenen *kastom system*. Auch die Kirchen wurden als allgemein anerkannte Vermittler in Konflikten genannt. Hier wurden vor allem Gebetskreise und Versöhnungsgebete als Streit schlichtende Maßnahmen hervorgehoben.

Die Wissenschaftler kamen nach Auswertung der Fragebögen zu den Erkenntnissen, dass viele dörfliche Konflikte durch den Missbrauch von (selbstgebranntem) Alkohol und illegal angebautem Marihuana entstehen. Größere Konflikte gibt es auch innerfamiliär durch Ehebruch und Gewalt gegen Frauen und Kinder sowie

Dorf-übergreifend zwischen Verbänden von Großfamilien. Als Hauptursache für dörfliche Konflikte identifizierte das Team Streitigkeiten um Landrechte. Streit entstand dabei hauptsächlich bei der Frage, welche von ausländischen Hilfsorganisationen durchgeführten Entwicklungshilfeprojekte an welchem Ort aufgebaut werden sollten und wer davon finanziell profitieren könnte. Viele der Befragten sagten, sie seien neidisch auf die Entwicklungshilfeprojekte in anderen Dörfern, da diese Dörfer durch Geldzufluss und den Aufbau von z.B. Schulen und Gesundheitsposten besonders profitierten.

Während sich diese Art von Konflikten meist noch auf Lokalebene durch traditionelle Rechtssysteme lösen ließ, versagte das dörfliche System im Hinblick auf Streitigkeiten um die Abholzung von Wäldern. Wem welcher Wald gehöre, wer von der Abholzung profitiert und was mit den gerodeten Flächen passiert - diese Fragen eskalierten oft zu unlösbaren Konflikten, erklärten die Autoren (Sinclair Dinnen, Daniel Ewans, Rebecca Monson und Matthew Allen) der Weltbank-Studie. Selbst staatliche Rechtsmethoden wie etwa der Gang vor Gericht könnten nicht zur Lösung dieser Art von Landstreitigkeiten um die kostbare Ressource Holz beitragen, so ein weiteres Ergebnis der Studie. (*Solomon Star* 18.10.13, <http://www-wds.worldbank.org/..812990WP0DL0Se0Box0379833B00PUBLIC0.pdf>)

## Australien fördert ländliche Entwicklung

Australien wird das auf sieben Jahre angelegte „*Rural Development Program*“ der Salomonen mit weiteren zwei Millionen AUS Dollar unterstützen. Bisher hat Australien bereits 10,5 Mio. AUS-\$ in den gemeinsamen Fonds der Regierung der Salomonen, der Weltbank, der Europäischen Union und des *International Fund for Agriculture Development* einbezahlt. In dem Fonds befinden sich derzeit rund 35 Millionen US Dollar. Die Gelder werden verwaltet

vom Ministerium für ländliche Entwicklung und Koordination von Entwicklungshilfe in Honiara. Die Fondsgelder sollen für folgende drei Bereiche verwendet werden: Kredite für Dorfgemeinschaften zur Verbesserung der dörflichen Infrastruktur, Unterstützung bei der Expansion ländlicher Betriebe durch Kleinkredite sowie Verbesserung von Ackerbau und Viehzuchtmethoden.

Mit den zusätzlichen australischen Geldern sollen mehr Bäuerinnen in neuen Anbaumethoden und Erntetechniken geschult werden. Über 84 % der Bevölkerung der Salomonen leben auf dem Land und sind von der Subsistenzlandwirtschaft abhängig. Kleine landwirtschaftliche Betriebe sind dabei wichtig für die Ernährungssicherheit der Menschen. Sie schaffen Arbeitsplätze, bieten jungen Menschen Perspektiven und arbeiten an der Verbesserung der Infrastruktur im Hinblick auf Trinkwasserbrunnen, Gemeindezentren, Gesundheitsstationen oder Solarladestationen, erklärte Matt Anderson, der australische Hochkommissar für die Salomonen. (*Solomon Star* 27.11.13)

## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin.]

## Endgültige Version der neuen Verfassung veröffentlicht

Nachdem Ende August die endgültige Fassung der neuen fidschianischen Verfassung präsentiert worden ist, laufen die Vorbereitungen für die geplanten demokratischen Wahlen in dem Land an. Trotz Kontroversen im Vorfeld der Veröffentlichung und Kritik an der neuen Verfassung wurde der Schritt international insgesamt begrüßt. Fidschis Justizminister Aiyaz Sayed Khaiyum kündigte an, die Verfassung sei nicht nur bereits die vierte Verfassung des Landes seit Erlangen der Unabhängigkeit, sondern auch die erste, die eine wirklich demo-

kratische und gleichberechtigte Gesellschaft ermögliche. Es handle sich nicht um ein politisch motiviertes Dokument, sondern um ein Dokument, welches auf den Rechtsstaat setze und starke Institutionen schaffen soll, die unabhängig davon, wer gerade die Regierung steuert, zum Wohle des Landes arbeiten werden.

Die neue Verfassung umfasst in ihrer englischen Fassung insgesamt 98 Seiten. Sie ist außerdem in Fidschianisch und Hindu erhältlich. Als besonders wichtig werden die Regelungen zum neuen fidschianischen Wahlsystem betrachtet. So soll es künftig nur noch einen landesweiten Wahlbezirk geben, die Repräsentation im künftig 50-köpfigen Parlament soll proportional erfolgen. Dabei soll, wie auch bei Bundestagswahlen in Deutschland, eine 5 %-Hürde gelten.

Wie in vergangenen Ausgaben der *Pazifik aktuell* ausführlich berichtet, waren der neuen Verfassung heftige Kontroversen und Unstimmigkeiten vorausgegangen. So hatte die Übergangsregierung den von einer unabhängigen Verfassungskommission in Konsultation mit Bürgerinnen und Bürgern erstellten Verfassungsentwurf anders als angekündigt nicht übernommen, sondern in vielen Punkten überarbeitet. Darüber war es auch zu einer erheblichen Verzögerung im ursprünglichen Zeitplan gekommen, nach welchem die Verfassung bereits seit dem Frühjahr hätte verabschiedet sein sollen.

Trotz der Unstimmigkeiten im Vorfeld der Veröffentlichung der neuen Verfassung wird dieser Schritt international insgesamt positiv betrachtet. Die Europäische Union hat inzwischen Gespräche mit Fidschi aufgenommen und ist optimistisch, dem Land unter entsprechenden Bedingungen künftig wieder Entwicklungshilfe zukommen zu lassen, die seit 2006 suspendiert ist. Offiziell gilt der Beschluss zur Suspendierung der Entwicklungshilfe noch bis März 2015, eine vorherige Aufhebung der Suspendierung ist aber möglich. So hat im Oktober auch

erstmals seit Jahren wieder ein Dialog zwischen obersten fidschianischen Vertretern und Vertretern der EU-Kommission stattgefunden, der allerdings durch Streitigkeiten über die geplante Aufhebung des präferierten Zugangs von fidschianischen Zuckerprodukten in die Europäische Union überschattet wurde (siehe unten). (*Islands Business* 22.8., 11.10., 14.10.13, *Fiji Sun*, 14.10.13, 11.10.13, *Fiji Times* 11.10.13, *Fiji Live* 11.10.13)

### **Intern. Unterstützung für die Vorbereitung der geplanten Wahlen 2014**

Die fidschianische Übergangsregierung geht weiterhin davon aus, dass es auf der Basis der neuen Verfassung wie geplant im September 2014 Neuwahlen geben wird. Dies wären die ersten demokratischen Wahlen für ein Parlament, seitdem das Militär unter dem heutigen Übergangspräsidenten Voreqe Bainimarama im Jahr 2006 die damalige Regierung abgesetzt hatte. Die geplante Wahl soll an einem einzigen Tag nicht später als am 30. September 2014 stattfinden. Der genaue Tag steht allerdings noch nicht fest. Um sicherzustellen, dass alle Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit haben, ihre Stimme abzugeben, soll es landesweit mindestens 3.000 Wahllokale geben. Geleitet werden soll die Wahl durch eine Wahlkommission, deren Mitglieder allerdings ebenfalls noch nicht feststehen.

Der fidschianische Präsident Ratu Epeli Nailaitaka sagte bei einer Veranstaltung, Politiker hätten in der Vergangenheit versucht, die ethnische, religiöse und gesellschaftliche Vielfalt in Fidschi für ihre Zwecke zu missbrauchen. Er forderte Politiker auf, diese Versuche und persönliche Feindschaften zu überwinden, und riet den potenziellen zukünftigen Wählern, sich sehr genau zu überlegen, an wen sie ihre Stimme vergeben. Erstmals seit der Ankündigung der geplanten Wahlen im September 2013, von welcher die Übergangsregierung bereits seit einigen Jahren spricht, hat Fi-

dschi auch ausländische Hilfe bei der Vorbereitung akzeptiert. So hat die Europäische Union nach Absprache mit Fidschi fast zwei Mio. Euro zur Vorbereitung der Wahl zur Verfügung gestellt. Das Geld kommt der *International Management Group* (IMG) zu Gute, einer Organisation, welche eng mit der Europäischen Union verknüpft ist und es sich zur Aufgabe gemacht hat, technische Hilfe und Expertise beispielsweise bei der Durchführung von Wahlen zur Verfügung zu stellen. Ein Teil des Geldes geht auch an das *United Nations Development Programme* (UNDP), dessen Vertretung in Fidschi zu den ersten Akteuren gehörte, die Fidschi technische Unterstützung bei der Durchführung und Vorbereitung der Wahlen angeboten haben. Mit Neuseeland hat auch einer der größeren Nachbarstaaten, mit denen Fidschi zuletzt besonders angespannte Beziehungen hatte, Hilfe zugesagt, die Fidschi annehmen möchte. Auch die Gruppe der Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP) hat während einer Konferenz in Fidschi im Oktober (siehe unten) zur internationalen Unterstützung Fidschis aufgerufen. (*Islands Business* 22.8.13, 22.10.13)

### **Hochrangiger General wegen Putschplänen gegen Übergangsregierung verurteilt**

Ein hochrangiger General der fidschianischen Armee ist verurteilt worden, im Jahr 2010 einen Umsturzversuch gegen die Übergangsregierung von Voreqe Bainimarama geplant zu haben. General Pita Driti wird vorgeworfen, dass er Bainimarama stürzen und seinen Justizminister und engen Vertrauten Aiyaz Sayed-Khaiyum umbringen wollte. Driti gehörte zu den wichtigsten Militärs in Fidschi und war im Jahr 2006 eine der treibenden Kräfte bei der Einsetzung Bainimaramas als Übergangspräsident. Angeblich soll ihm die zunehmend wichtige Rolle von Aiyaz Sayed-Khaiyum, der heute neben dem Amt des Justizministers mehrere weitere Ministerien leitet und unter ande-



rem für die neue Verfassung und die Durchführung der geplanten Wahlen zuständig ist, in Bainimaramas Regierung befremdet haben. Daher soll er sich mit anderen Militärs zu dem Umsturzversuch entschieden habe. Laut Anklage gab es Pläne, den Putschversuch im Oktober 2010 durchzuführen, während sich Bainimarama auf einer Reise in den Sudan befand, wo er fidschianische UN-Soldaten in einer Friedensmission besuchte. Anderen Angaben zur Folge hatten die angeblich von Driti angeführten Männer beschlossen, Sayed-Khaiyum vor Weihnachten 2010 zu ermorden. Offensichtlich plante Driti, in diesem Fall nach dem Sturz der Bainimarama-Regierung selbst Premierminister zu werden.

Neben Driti wird unter anderem auch Tevita Mara, ein Sohn des früheren Premierministers und Präsidenten Ratu Kamisese Mara, der Beteiligung an den Umsturzplänen beschuldigt. Mara hatte sich bereits 2011 in einer spektakulären Aktion von einer äußeren Insel Fidschis angeblich mit Hilfe der tongaischen Marine nach Tonga abgesetzt, wo er seitdem im Exil lebt. Dies hatte zeitweise zu heftigen diplomatischen Verstimmungen zwischen Tonga und Fidschi geführt, welches die Auslieferung Maras verlangt hatte.

Die jetzige Verurteilung von Driti ist allerdings keineswegs unkontrovers: Die drei geladenen Geschworenen hatten einstimmig dafür plädiert, dass Driti keine eindeutige Beteiligung an dem Putschversuch und den Mordplänen nachgesagt werden kann. Der zuständige Richter, Paul Madigan, machte aber von der im fidschianischen Rechtssystem verankerten Möglichkeit Gebrauch, die Entscheidung der Geschworenen zu überstimmen. Das Strafmaß war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt und soll am 10. Dezember verkündigt werden. (*The Australian*, 28.11.13, *Fiji Times* 20.11.13, *Islands Business* 20.11.13)

## **Geplantes Ende der Präferenzbehandlung der AKP-Staaten beim Zuckerhandel mit der EU?**

Die Europäische Union plant im September 2017 ihre Reform der Vergünstigungen für den Zuckerhandel abzuschließen. Dies bedeutet das Ende des derzeitigen Systems, bei dem Staaten der Staatengruppen der Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (AKP), überwiegend frühere Kolonien europäischer Staaten, Zucker zu festgelegten Preisen in die Europäische Union exportieren können. Diese Präferenzbehandlung der Staaten soll 2017 enden, so dass fidschianische Zuckererzeugnisse beim Handel mit der Europäischen Union mit den Preisen auf dem Weltmarkt konkurrieren müssen. Derzeit leisten alle AKP-Staaten gemeinsam etwa 60 % der Zuckerexporte in die Europäische Union. Wie auf der 13. *Ministerial Conference* der AKP-Staaten, welche im Oktober auf Fidschi stattgefunden hat, deutlich wurde, ist Fidschi als wichtiger Zuckerexporteur von diesen Veränderungen besonders stark betroffen. Fidschis Übergangspräsident Voreqe Bainimarama sagte bei dem Treffen, das Ende des derzeitigen Systems im Zuckerhandel werde die AKP-Staaten und insbesondere Fidschi schwer treffen. Er warf der Europäischen Union vor, keine Rücksicht auf die Bitten der AKP-Staaten, die Vorzugsbehandlung zumindest bis 2020 fortzusetzen, zu nehmen. Eine Verlängerung dieses Systems bis 2020 würde Fidschi mehr Zeit geben, nötige Investitionen zur Unterstützung des Zuckersektors durchzuführen und Reformen in die Wege zu leiten. Derzeit könnten Fidschi und andere AKP-Staaten insbesondere mit den Preisen von Produkten aus Indien und Brasilien nicht mithalten.

Dennoch wurden auf der Konferenz die Fortschritte Fidschis bei der Reformierung der Zuckerwirtschaft gelobt. Insbesondere geht es dabei auch um eine Reduzierung der Gesamtproduktion, während die Produktion höherwertiger

Zuckerprodukte erhöht werden soll. Marcus Cornaro, stellvertretender Direktor der Abteilung für Entwicklungszusammenarbeit der EU-Kommission, sagte bei dem AKP-Treffen in Fidschi, er glaube, dass auch die AKP-Staaten von den Veränderungen profitieren würden. Die derzeitigen Regelungen würden zu einer Stagnation führen, welche lediglich geringe Fortschritte beim Wirtschaftswachstum und in der Generierung neuer Jobs ermögliche. Außerdem sei die Reform bereits 2005 beschlossen worden.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass die Europäische Union Zuckerfarmer weiter durch Fortbildungen bei der Anpassung an den internationalen Markt unterstützen will. Die EU hat zusätzliche vier Millionen Euro bereitgestellt, um mindestens 1.500 fidschianische Zuckerfarmer durch Trainings und mit weiteren Maßnahmen zu unterstützen, welche durch das *Australian Pacific Training Center* (APCT) umgesetzt werden sollen. Dabei sollen maximal 7 % des Geldes für administrative Zwecke verwendet werden. Nach Auskunft des APCT sollen aber nur wenige Gelder direkt an die Farmer fließen.

Voreqe Bainimarama kritisierte, dass das Geld bei Institutionen wie der *Fiji National University* (FNU) besser aufgehoben wäre. Er warf der Europäischen Union vor, vor der Bereitstellung des Geldes für das Programm, welches zum Teil auch von Australien finanziert wird, nicht ausreichend mit den fidschianischen Behörden zusammengearbeitet zu haben. (*Islands Business* 15.10.13, 17.10.13, 18.10.13, 24.10.13, *Fiji Times* 15.10.13, *Fiji Live* 15.10.13, *Radio New Zealand International* 18.10.13)

## **National Council for Women & UN Democracy Fund wollen Partizipation von Frauen stärken**

Der fidschianische *National Council for Women* fordert, dass zukünftig mehr Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten großer fidschianischer Unternehmen und Organisationen sitzen. Außerdem

setzt er sich dafür ein, dass Frauen in einem zukünftigen Parlament in möglichst großer Zahl vertreten sein werden. Zur Förderung der Rolle von Frauen in der fidschianischen Gesellschaft hat sich der *National Council for Women* im Oktober mit dem *United Nations Democracy Fund* (UNDEF) zusammengetan, um gemeinsam Bildungs- und Trainingsprogramme in Fidschi durchzuführen, welche unter anderem sicherstellen sollen, dass bei zukünftigen Wahlen ausreichend Frauen kandidieren. UNDEF fördert dabei die Arbeit lokaler Nichtsregierungsorganisationen, die sich für Frauenrechte einsetzen, und kooperiert auch mit staatlichen Institutionen, um die Partizipation von Frauen in Wirtschaft und Politik zu stärken. (*Islands Business* 22.10.2013)

## Verschiedene Nachrichten

**Verhandlungen über Mindestlohn abgeschlossen:** Während in Deutschland über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns diskutiert wird, haben fidschianische Ministerien ihre Konsultationen über die Höhe des dortigen Mindestlohns im Oktober abgeschlossen. Dr. Mahendra Reddy, zuständiger Leiter der nationalen Konsultationen zum Mindestlohn, gab bekannt, der Vorschlag eines Mindestlohns von 2,32 Fidschi-Dollar pro Stunde sei von allen Beteiligten positiv aufgenommen worden. Dieser Mindestlohn soll nur für die Wirtschaftsbereiche gelten, für welche es nicht bereits festgelegte Mindestlöhne in größerer Höhe gibt. Sie sollen alle zwei Jahre von einer Kommission diskutiert und gegebenenfalls angepasst werden. 2,32 Fidschi-Dollar entsprechen nach derzeitigem Wechselkurs nicht einmal einen Euro, sondern lediglich etwa 90 Cent. (*Islands Business* 8.10.13, *Fiji Live* 8.10.13)

**Prostitutionsring aufgedeckt:** Die fidschianische *Financial Intelligence Unit* (FIU) hat einen Prostitutionsring aufgedeckt, an dem junge Frauen aus Fidschi und Geschäftsleute aus Australien betei-

ligt waren. Aufgefallen waren der FIU regelmäßige Überweisungen aus Australien an junge Frauen in Suva, unter ihnen Studentinnen und sogar Schülerinnen. Nach Informationen der Polizei erhielten sie das Geld offenbar als „Gegenleistung“ für ihre Tätigkeit als Prostituierte für australische Kunden, welche meist für wenige Tage nach Fidschi kamen und in Luxushotels abstiegen. Derzeit wird gegen einen Australier ermittelt, der für die Zahlungen verantwortlich ist, sich regelmäßig in Fidschi aufgehalten hat und als Drahtzieher des Rings gilt. (*Islands Business* 22.10.13, *Fiji Times* 22.10.13)

### Nach *Air Pacific* soll auch die nationale Fluggesellschaft *Pacific Sun* umbenannt werden:

Nachdem die internationale fidschianische Fluggesellschaft *Air Pacific* in diesem Jahr in *Fiji Airways* umbenannt wurde, wird sich auch die nationale und regionale Fluggesellschaft *Pacific Sun* umbenennen. Die Tochtergesellschaft von *Fiji Airways* soll zukünftig als *Fiji Link* agieren. Für diesen neuen Name habe man sich nach langen Konsultationen mit etwa 500 Fidschianerinnen und Fidschianern entschieden, teilte der Vorsitzende von *Fiji Airways*, Stefan Pichler, Ende November mit. Wie schon bei der Umbenennung der ehemaligen Gesellschaft *Air Pacific* geht es dabei auch darum, den Bezug zu Fidschi zu stärken. (*Islands Business* 19.7.12, 27.10.13)

## VANUATU

### Sondergesandter für Westpapua gefordert

Im Rahmen der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) Ende September in New York hat der vanuatische Premierminister Moana Carcasses Kalosil die UN aufgefordert, einen Sondergesandten für Westpapua zu ernennen. Dieser solle sich mit der Situation der Menschenrechte befassen und vergangene Verbrechen gegen Menschenrechte aufarbeiten. In klaren Worten forderte Kalosil die Vereinten Nationen auf, sich

der Vergangenheit zu stellen und historische Fehler anzuerkennen. Es könne nicht sein, das man über einen Völkermord in Syrien spreche, man aber sogar vor der Generalversammlung der UN nicht die Stimme für das Volk der Papuas erheben dürfe. Wie könne man ignorieren, dass hunderttausende von Papuas brutal geschlagen und getötet worden seien, fragte der Premier in die Runde und ergänzte: „Aus vielen historischen Aufzeichnungen wird deutlich, dass die melanesische Bevölkerung Westpapas zu Sündenböcken der Politik des Kalten Krieges gemacht wurden und geopfert wurden, um die Gier nach den natürlichen Ressourcen, die dieses Land besitzt, zu stillen“.

Mitgliedsländer der Vereinten Nationen, die sich den globalen Werten Demokratie, gute Regierungsführung und den Menschenrechten verschrieben hätten, könnten die Westpapua-Frage nicht länger verdrängen, forderte der Premier in seinem leidenschaftlichen Plädoyer gegen Neo-Imperialismus und Kolonialismus. (*Pressemitteilung UN* 28.09.13, *Vanuatu Daily Post* 29.09.13)

### Kein Schulbesuch wegen Gebühren

Die Regionalgruppe der Antikorruptionsorganisation *Transparency International* hat die Ergebnisse einer Studie veröffentlicht, die zwischen 2010 und 2012 an vanuatischen Grundschulen durchgeführt wurde. Auf dem Prüfstand stand die von der Politik verordnete Befreiung von den Schulgebühren, die so genannte „*Primary Education School Fee Grant Policy*“. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Initiative der Regierung von Vanuatu sowie den staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen *AUSAid* aus Australien und *NZAid* aus Neuseeland. Ziel ist es, allen Grundschulkindern den gebührenfreien Schulbesuch zu ermöglichen. In der Realität kann das nicht durchgehalten werden, wie Francis Bryard in der Studie herausfand. An den wenigsten der im Auftrag des Bildungsprogramms von *Transpa-*

ency untersuchten 41 Grundschulen hätte es kein Schulgeld gegeben, bemängelte Bryard. In einigen Fällen hätte man ganz offenes Schulgeld verlangt, in anderen habe man um Spenden geworben und diese eindrücklich eingefordert. 41 % aller von den Eltern eingeforderten Gelder hätte man über den regierungseigenen Schulfonds decken können, kritisierte Bryard. Um Schulgebühren einzusparen, schickten viele Eltern deshalb ihre Kinder, hier vor allem Mädchen, nicht mehr in die Grundschule.

Bryard erklärte, dass die weitere Einforderung des Schulgeldes nicht etwa die Schuld von Schuldirektionen sei. Diese seien extrem verunsichert, wie sie an die von der Regierung eigentlich mithilfe des Schulfonds bereitgestellten Gelder kämen. Bevor sie aus administrativer Unkenntnis ganz auf finanzielle Unterstützung verzichteten, bäten sie lieber die Eltern zur Kasse, sagte Bryard. Es fehle hier an einer grundlegenden Schulung aller GrundschulleiterInnen, wie und wozu staatliche Gelder eingesetzt werden sollten. (*Vanuatu Daily Post* 09.09.13, *Radio NZ. Intern.* 23.10.13)

## Neues Gerichtsgebäude

Der vanuatische Premierminister Moana Carcasses Kalosil plant den Wiederaufbau des ehemaligen "Palais de Justice" (Gerichtshof) in der Hauptstadt Port Vila. Das historische Gebäude war am 7. Juni 2007 bei einem vorsätzlich gelegten Brand zerstört worden, die angrenzenden Verwaltungsgebäude mit dem Bergbauministerium waren schwer beschädigt worden. Ende 2008 konnte die Polizei zwei Brandstifter überführen: Kenneth Atuary und Awen George bekamen eine sechsjährige Gefängnisstrafe für den Brandanschlag.

Das zerstörte Gerichtsgebäude stammte vom Beginn des 20. Jahrhunderts und war zu der Zeit erbaut worden, als Vanuatu noch britisch-französisches Kondominium war. Carcasses möchte das Gericht nach altem Vorbild wie-

deraufbauen. Er veranschlagt dafür rund vier Milliarden Vatu (ca. 31 Mio. €). (*Flash d'Océanie* 12.09.13)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### Neuerlicher Unfall bei Vale

Am 18. November 2013 demonstrierten ungefähr 300 Personen gegen die Politik des Bergbaukonzerns Vale, der eine Nickelfabrik im Süden Neukaledoniens unterhält. „Respektiert die Umwelt!“ und „Vale, Provinzregierung und DIMENC [Direction de l'industrie des mines et de l'énergie de Nouvelle-Calédonie]: Lügner!“ riefen die Demonstranten und blockierten die Zufahrtsstraße zur Fabrik.

Anteilseigner von Vale Nouvelle-Calédonie sind der brasilianische Konzern Vale mit 80,5 % der Aktien, das japanische Unternehmen SUMIC (Sumitomo Metal and Mining & Mitsui) mit 14,5 % und die neukaledonische Beteiligungsgesellschaft STCPI (Société de participation minière du sud calédonien) mit 5 %.

Die 2010 fertig gestellte Nickelfabrik „Goro Nickel“ mit einem hydro-metallurgischem Verfahren und einer zukünftigen Produktionskapazität von 60.000 Tonnen Nickelmetall und 4.000 Tonnen Kobalt musste in den vergangenen Jahren mehrere Unfälle vermelden – auch bereits während der Bauphase. Im April 2009 flossen 2.500 Liter Schwefelsäure ungehindert in den Fluss „Creek de la Baie-Nord“. Über 2.000 Fische und 1.000 andere Wasserlebewesen verendeten. Im Juli 2009 wurde eine erhöhte Konzentration von Legionellen (stäbchenförmige Bakterien in der Familie der Legionellaceae) im Kühlwasser festgestellt.

Nun wurde im November 2013 ein Leck im Abwasserrohr festgestellt. Das hydro-metallurgische Verfahren, welches Vale benutzt, sieht das Einleiten von gering metallhaltigen Abwässern (unter anderem Mangan und Chrom) in Höhe von 36.000 m<sup>3</sup> pro Tag über ein 70 cm

breites Rohr von 23 km Länge in die Lagune Neukaledoniens vor. Das Rohr wurde von der französischen Firma GeOcean im Jahr 2009 verlegt und liegt in einer Tiefe von 41 m auf dem Meeresgrund. Am 11. November 2013 gab ein Fährschiff Alarm, weil das Abwasserrohr an der Wasseroberfläche gesichtet wurde. Nach eingehenden Untersuchungen wurde festgestellt, dass das Rohr an zwei Stellen Bruchstellen aufwies. Während die erste Bruchstelle vom 11. November datierte, war die zweite bereits über 1,5 Monate alt. Die Bewohner der Kanak-Dörfer im Süden Neukaledoniens waren daher in großer Sorge und Aufregung. Vale setzte nach dem Unfall den Betrieb seiner Nickelfabrik auf unbestimmte Zeit aus. Die erneute Inbetriebnahme hängt nun vom zeitlichen Rahmen der Reparaturarbeiten ab. Der Generalsekretär von Vale Nouvelle-Calédonie, Stuart James Macnaughton, sagte in einem Interview, dass er die Sorgen der lokalen Bevölkerung verstehen kann. Er möchte, dass das Unternehmen transparent arbeitet; eine Diskussionsrunde in den Dörfern wurde daher organisiert. Umweltauswirkungen sollen die Bruchstellen im Rohr jedoch nicht gehabt haben. Die Kanak-Clans sind unzufrieden, weil Unfälle in mehreren Fällen mehr oder weniger „zufällig“ entdeckt worden sind. (Artikel von Pazifik-Netzwerkmitglied Matthias Kowasch, Nouméa. Quellen: *Les Nouvelles Calédoniennes*, 19., 21., 22.11.13)

### Sozialhilfen nur für neukaledonische Bürger?

Die 1974 gegründete kanakische Unabhängigkeitspartei UPM (Union progressiste mélanésienne) forderte auf ihrem 30. Parteitag, der am Wochenende des 17. November auf der Insel Lifou veranstaltet wurde, dass Sozialhilfen in Zukunft nur noch für neukaledonische Bürger gezahlt werden sollten. Rechtsgerichtete Parteien in Neukaledonien kritisierten die Forderung als „inakzeptabel“. Die Bürgerschaft dürfe keine Menschen ausschließen, die im Land arbeiten, Steuern zahlen und somit zur wirtschaftlichen Entwick-

lung beitragen. Die Partei „*Calédonie Ensemble*“ erklärte sogar, dass solch eine Forderung der Menschen- und Bürgerrechtserklärung von 1789 widersprechen würde. Andere kanakische Unabhängigkeitsparteien hingegen verteidigten die Forderung: „*Wir wollen uns von den autoritär geprägten Beziehungen zu Frankreich befreien*“, äußerte Rock Wamytan, Präsident des neukaledonischen Kongresses.

Die Forderung ist auch als politisches Manöver zu werten, da die kanakischen Unabhängigkeitsparteien bei den Kongresswahlen 2014 versuchen wollen, die Mehrheit der Sitze zu gewinnen.

Die Forderung wirft ebenfalls die Frage nach der Definition von Bürgerschaft auf: Wer ist neukaledonischer Bürger? Wie lange muss man im Land gelebt haben, um dazugezählt zu werden? Vorläufig wird die Bürgerschaft an der Wahlberechtigung für die Provinzialwahlen Neukaledoniens festgemacht, aber die Diskussionen sind noch nicht abgeschlossen.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Matthias Kowasch, Nouméa. Quellen: *Les Nouvelles Calédoniennes*, 20.11.13)

## Frankreich soll Waffenrecht verschärfen

Philippe Gomès, Mitglied des neukaledonischen Kongresses, hat in der französischen Nationalversammlung um eine Verschärfung des Waffengesetzes gebeten und dazu eine offizielle Eingabe beim Innenministerium gemacht.

Hintergrund von Gomès Eingabe ist die Zunahme von Toten und Verletzten durch Schusswaffen. Allein in diesem Jahr starben acht Menschen durch Schusswunden, beklagte der 55-jährige Gomes. Seit die Waffengesetze im April 2009 etwas gelockert worden seien, sei die Zahl der Opfer durch tödliche Schüsse um ein dreifaches höher als in Frankreich, bemängelte der Parlamentarier. Es bedürfe dringend einer Änderung des Waffenbesitzrechtes in Neukaledonien, zumal der Besitz von Waffen und Munition ebenfalls um

ein dreifaches gestiegen sei im Vergleich zum französischen Mutterland.

Als Antwort auf die Anfrage versprach der für die französischen Überseegebiete zuständige Minister Victorin Lurel, dass sich die Nationalversammlung noch in diesem Jahr mit der Verschärfung des Waffenbesitzrechtes befassen werde.

(<http://caledonie-ensemble.com/assemblee-nationale-philippe-gomes-demande-une-reglementation-des-armes-et-des-munitions-plus-restrictives/>, Radio NZ. Intern. 07.11.13)

## MIKRONESIEN

### Notstand nach Taifun

**Palau:** Der Supertaifun „Haiyan“ hat auf seinem Weg in Richtung der Philippinen schwere Schäden in den Bundesstaaten von Palau angerichtet. So wurden im Staat Kayangel im Norden Palaus alle Häuser und öffentlichen Einrichtungen schwer beschädigt und zum Teil unbewohnbar, durch Überflutungen mit Salzwasser wurden Gärten zerstört. Palmen knickten wie Strohhalme um, als der Taifun in der Nacht des 8. November mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 300 km/h über die Inseln raste. Im gesamten Bundesstaat fielen Wasser und Strom aus.

Durch rechtzeitige Sturmwarnungen konnten die 68 Bewohner des Staates rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, es gab weder Verletzte noch Tote.

Für die Staaten Koror und Badel-daob wurde der Verlust von rund 50 % der Anbaufläche gemeldet, da das Meerwasser die in Küstennähe gelegenen Gärten versalzte. Auch hier fielen zeitweise Strom und Wasser aus. Viele Straßen in den beiden Bundesstaaten mussten wegen herumliegender Trümmerteile gesperrt werden. Das Gefängnis von Koror wurde so stark beschädigt, dass ein Ausbruch der Gefangenen befürchtet wurde.

Präsident Tommy Remengesau, Jr. rief den nationalen Notstand aus. Schulen und öffentliche Einrichtungen wurden für mehrere Tage geschlossen, Staatsangestellte nach Hause geschickt, um die Aufräumarbeiten zu unterstützen. Das Parlament tagte mehrfach außerordentlich, um sich ein Bild von der Situation in allen 16 Bundesstaaten mit seinen rund 21.000 Einwohnern machen zu können.

Taiwan hat der Regierung von Palau 100.000 US Dollar Soforthilfe zugesagt, um die Schäden des Taifuns zu beheben. Das Parlament von Palau bewilligte aus dem Staatshaushalt eine Nothilfe in Höhe von knapp 1,5 Millionen US-Dollar und verabschiedete den *Super Taifun Haiyan Emergency Funding Act*. (*Palau Island Times* 08.11.13, *Australia Network News* 09.11.13, <http://www.oceaniatv.net/2013/11/20/palau-moves-forward-in-recovery-following-haiyan/>)

### Überwachung durch Dronen

**Palau:** Als erster Pazifikstaat hat Palau Anfang Oktober drei Drohnen zur Überwachung der Meere innerhalb der Exklusiven Ökonomischen Zone eingesetzt. Die mit Videokameras ausgestatteten unbemannten Luftfahrzeuge überflogen die Gewässer, um nach illegalen Fischfangflotten Ausschau zu halten. Nach Angaben des palauischen Präsidenten Tommy Remengesau, Jr. handelte es sich bei den Flugobjekten um drei in Australien von der Firma Aero-sonde hergestellte Drohnen. Remengesau bezeichnete den fünf-tägigen Einsatz der Aufklärungsflugzeuge als „Testballon“, der sehr erfolgreich verlaufen sei.

Mit nur einem Polizeiboot hat der mikronesische Kleinstaat Palau mit seinen 21.000 Einwohnern kaum eine Möglichkeit, die in seinen Gewässern illegal fischenden Fangflotten zu finden und aufzubringen. Deshalb müsse man nach alternativen Überwachungssystemen suchen, so der Präsident. Der Ozean und seine Ressourcen seien das kostbarste Gut der Palauer und es gelte, dieses

für zukünftige Generationen zu bewahren.

Remengesau sucht nun nach Möglichkeiten, die äußerst kostspielige Luftüberwachung finanzieren zu können. Der erste Testlauf war von dem australischen Minenbesitzer Andrew Forrest und seiner Stiftung *Minderoo* finanziert worden. Forrest hatte Palau im Januar 2013 als Tourist besucht und sich dermaßen begeistert von der Natur und Umwelt gezeigt, dass er einen Beitrag zum Erhalt dieser leisten wollte, wie der Präsident erklärte. Er berief Ende November eine Kommission mit hochrangigen Regierungsvertretern und Experten. Diese soll die Möglichkeiten einer Überwachung durch unbemannte Luftfahrzeuge prüfen und dem Präsidenten vierteljährlich Bericht erstatten.

Die in Palau eingesetzten Drohnen hatten eine Flügelspannweite von 3,5 Metern. Sie konnten 24 Stunden in der Luft bleiben und hoch aufgelöste Bilder und Videos übermitteln. (*Flash d'Océanie* 04.10.13, *Palau Island Times* 21.11.13, *Marshall Islands Journal* 25.10.13)

## Neue Bank

**Nauru:** Die *Bendigo and Adelaide Bank* eröffnet eine Geschäftsstelle auf Nauru. Das gab der Vorstandsvorsitzende der Bank, Mike Hirst, bekannt. Die rund 10.000 Bewohner der kleinsten Republik weltweit zeigten sich begeistert. Nach Angaben eines Regierungssprechers ist die inländische *Bank of Nauru* schon so lange insolvent, dass sich „niemand mehr daran erinnern kann, wann man auf dieser Bank seine Bankgeschäfte tätigen konnte“, hieß es.

Nach Hirsts Angaben muss zunächst geklärt werden, wie die neue Bank mit den noch vorhandenen Geldern des RONWAN-Fonds umgehen soll. In diesen Fonds hatten die Nationen eingezahlt, die die Phosphatbestände der Insel ausgebeutet hatten. Die Gelder wurden wegen eines mehrfach drohenden Staatsbankrotts bei der *Bank of Nauru* „geparkt“, die Auszahlung an traditio-

nelle Landeigner verzögert sich seit Jahren.

*Info:* Die 2007 gegründete neuseeländische *Bendigo and Adelaide Bank* ist genossenschaftlich organisiert. Sie hat 82.000 Anteilseigner. Die Bank mit ihren rund 900 Filialen versteht sich als besonders kundenfreundlich und eröffnet in Kooperation mit kleinen Lokalpartnern kontinuierlich Filialen in ländlichen und infrastrukturell wenig erschlossenen Gebieten im asiatisch-pazifischen Raum. (*Pacific Beat* 25.10.13, [http://www.bendigoadelaide.com.au/about\\_us/index.asp](http://www.bendigoadelaide.com.au/about_us/index.asp), <http://www.naurugov.nr/government-information-office/media-release/ronwan-distribution-delayed.aspx>)

## Flüchtlingskinder besuchen Schule

**Nauru:** Die ersten 20 Kinder in Nauru inhaftierter Asylsuchender besuchen seit kurzem die örtlichen Schulen, die *Aiwo Primary School* und das *Nauru College*. Nach Angaben eines Regierungssprechers sind die Kinder gut integriert und nehmen auch außerhalb der Schule an Freizeitaktivitäten mit nauruischen Kindern teil. Zuvor waren die rund 50 auf Nauru ‚inhaftierten‘ Kinder in einer provisorischen Schule im Flüchtlingslager in den Fächern Mathematik, Englisch und Kulturstudien von Freiwilligen der Organisation *Save the Children* unterrichtet worden.

Bei den Kindern handelt es sich um Flüchtlinge. Ihre Eltern bemühen sich in Australien um Asyl. Die meisten Familien sind bei dem Versuch, in Booten Australien zu erreichen, von der australischen Küstenwache aufgebracht worden. Nach einem Regierungsbeschluss dürfen die Asylbewerber nicht mehr in Australien selber auf die Verhandlung über ihren Status warten, sondern in eigens dafür eingerichteten Flüchtlingscamps auf der Insel Nauru, auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Manus und auf Christmas Island. Gegen diese als „*Pacific Solution*“ bekannte Regelung hatten im Juli des Jahres in Nauru

einige der rund 637 Asylbewerber aus dem Iran, Sri Lanka und weiteren Ländern demonstriert. Bei den gewalttätigen Ausschreitungen waren auch etliche der provisorischen Unterkünfte auf Nauru zerstört worden, so dass die Flüchtlinge in den letzten Monaten in Zelten leben mussten. Inzwischen wurden jedoch zwei Wohnblöcke fertig gestellt und die Familien konnten in diese umziehen. (*Radio NZ. Intern.* 17.09., 24.11.13, *Sydney Morning Herald* 24.11.13)

## MARSHALLINSELN

### 15 Jahre Beziehungen

Mitte November haben die Marshallinseln die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan (Republik China) vor 15 Jahren gefeiert. Der damalige Präsident Imata Kabua hatte 1998 die diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China sehr stark eingeschränkt und stattdessen Taiwan als unabhängigen Staat anerkannt. Inzwischen ist Taiwan einer der stärksten Partner im Hinblick auf die Entwicklungshilfe. Etliche repräsentative Regierungsgebäude in Majuro wurden von Taiwan finanziert, ebenso unterstützt Taiwan Infrastrukturmaßnahmen, die Informationstechnologie und das Gesundheitswesen.

*Info:* Bis 1971 stellte die *Republik China*, einst Gründungsmitglied der UNO, die alleinige chinesische Vertretung bei den UN und hatte einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. 1971 verlor sie durch die Resolution 2758 der UN-Generalversammlung die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen an die Volksrepublik China. In der Folge nahmen die meisten Mitgliedsstaaten der UNO diplomatische Beziehungen zur Volksrepublik China auf und brachen im Gegenzug die Beziehungen zur Republik China ab. Aktuell pflegen folgende 22 Staaten und nichtstaatliche Völkerrechtssubjekte offizielle diplomatische Beziehungen mit der Republik China/Taiwan, dazu gehören folgende Pazifikstaaten: Kiribati, Marshallinseln,

Nauru, Palau, die Salomonen und Tuvalu. (*Marshall Islands Journal* 22.11.13, *Wikipedia*)

## KIRIBATI

### Klimawandel ist kein Asylgrund

Der 37-jährige Ioane Teitiota aus Kiribati hat „Klima-Asyl“ in Neuseeland beantragt und sich dabei auf die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 berufen. Seinen Antrag begründete er mit dem drohenden Untergang der Atollinseln und dem Verlust seiner Heimat, die er bereits 2007 mit einem Gastarbeitervisum verließ. Nach Auslaufen des dreijährigen Visums hatte der gelernte Bauarbeiter das Arbeitsvisum einmal bis März 2013 verlängern können. Seither lebte Teitiota gemeinsam mit seiner Ehefrau und den drei Kindern im Alter zwischen 18 Monaten und 5,5 Jahren illegal in Auckland. Nachdem er bei einer Polizeikontrolle kein gültiges Visum vorweisen konnte, hatte er sich aus Angst vor einer Abschiebung an das Gericht in Auckland gewandt. Der steigende Meeresspiegel und andere Umweltrisiken durch die globale Erderwärmung machten ihm und seiner Familie eine sichere Rückkehr nach Kiribati unmöglich, argumentierte er. In Kiribati gäbe es kein fruchtbares Land, von dem er sich und seine Familie ernähren könne. Ernten würden zerstört und Trinkwasser durch Eindringen von Salzwasser in die Süßwasserlinse unterhalb des Atolls verseucht. Da jedoch sauberes Trinkwasser ein Menschenrecht sei, müsse er auch Anspruch auf den Flüchtlingsstatus haben, argumentierte der 37-Jährige.

Als erster Mensch der Welt hatte Teitiota mit Hilfe seines Anwalts Michael Kidd versucht, im Rahmen der Flüchtlingskonvention offiziell als „Klimaflüchtling“ anerkannt zu werden. In erster Instanz wurde Teitiotas Antrag jedoch mit der Begründung abgelehnt, der I-Kiribati sei weder wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit, seiner Religion oder seines Geschlechts

von Verfolgung und Diskriminierung bedroht, noch müsse er fürchten, in Kiribati Opfer eines Krieges zu werden. Teitiotas Anwalt ging in die Berufung. Das Gericht in Auckland folgte jedoch auch in der Berufung der Argumentation von Anwalt Michael Kidd nicht. Richter John Priestly räumte bei der Urteilsverkündung am 26. November zwar ein, dass Kiribati bereits heute unter den Folgen des Klimawandels leide. Kriterium für eine Anerkennung als Flüchtling laut der UN-Konvention sei aber, dass die Antragsteller in ihrem Heimatland Verfolgung fürchten müssten. Da das bei Teitiota nicht der Fall sei, wurde auch die Revision abgewiesen.

Klimawandel als Fluchtursache und Asylgrund kennt die bereits 1951 geschlossene Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen noch nicht. Asyl gibt es nur, wenn die als Asylgrund genannte Verfolgung diskriminierend ist, wenn sie sich also gegen bestimmte politische, religiöse oder soziale Gruppen richtet. Deshalb tun sich Juristen schwer, die Flüchtlingskonvention so flexibel auszulegen, dass man die steigenden Wasserpegel kurzerhand als "Verfolgung durch Wasser" einordnen könnte. Bis dato haben nur Schweden und Finnland die Flüchtlingskonvention insofern erweitert, als dass Opfer von schweren Naturkatastrophen in beiden Ländern Asyl beantragen können. (*AAP* 17.10.13, *Pacific Scoop* 21.10.13, *Le Monde* 24.10.13, *Zürcher Tagesanzeiger*, *Frankfurter Neue Presse* 30.10.13, *AFP* 26.11.13)

### Gesundheitsamt fordert vereinfachten Zugang zu Verhütungsmethoden

Die Abteilung für Familienplanung („*Family Planning*“) des kiribatischen Gesundheitsministeriums fordert den vereinfachten Zugang zu Langzeit-Verhütungsmethoden für Frauen und Mütter. Nach einer Studie von *Family Planning* fehlt es in Kiribati an Geld, um Langzeit-Verhütungsmethoden wie die Drei-Monats-Spritze, die Spirale

oder das Hormonstäbchen im Arm für die Frauen anschaffen zu können.

Forschungsleiter Jacob Daube von *Family Planning* rechnete im Gespräch mit *Radio New Zealand* die hohen Kosten von Präservativen vor. Diese müssten per Schiff oder Flugzeug ins Land gebracht werden, gelagert und verteilt werden. Kondome seien im Vergleich zu anderen Verhütungsmethoden ungleich teurer, weil man sie nur einmal benutzen könne und der extrem hohe Bedarf an kostenlos verteilten Kondomen nicht gedeckt werden könne. Langzeit-Methoden hätten den Vorteil, dass Frauen zu einer Beratung in das Büro von *Family Planning* kämen und man nicht nur zu Verhütungsfragen beraten könne, sondern auch zu sexuell übertragbaren Krankheiten, Sexualhygiene und dergleichen.

Die ärztliche Beraterin von *Family Planning*, Christine Roke, erklärte, die meisten Mehrfach-Mütter hätten großes Interesse an Langzeit-Verhütung und würden im Rahmen von ärztlichen Sprechstunden auch offen mit dem Thema umgehen.

Trotz des kürzlich erneuerten Verbots der Anwendung von Verhütungsmethoden durch die katholische Kirche von Kiribati unterstützt die Regierung die Maßnahmen von *Family Planning*, um der drohenden Überbevölkerung der Atolle entgegenzuwirken. Derzeit bekommen Frauen in Kiribati durchschnittlich 2,98 Kinder (Deutschland: 1,41 Kinder). (*Radio NZ Intern.* 04.11.13, <http://apps.who.int/gho/data/view.country.11600>)

### Neue Minister im Amt

Nach dem Rücktritt von Ministern aus dem Kabinett des kiribatischen Präsidenten Anote Tong hat dieser Mitte Oktober drei neue Minister berufen, darunter auch eine Frau: Frau Tangariki Reete übernimmt das Ministerium für Frauen und Soziales sowie das erst vor kurzem neu gegründete Ministerium für Jugend. Rimeta Beniamina ist neuer Minister für

Verkehr, Kommunikation und Tourismus. Waysang Kum Kee wurde zum Minister für den Öffentlichen Dienst und Energie berufen. Das Einkammer-Parlament von Kiribati verfügt über 46 Sitze. Im Kabinett sitzen neben Präsident Tong 13 Minister.

(<http://parliament.gov.ki/>, *Flash d'Océanie* 18.10.13)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Meeresschutzgebiet geplant

**Pitcairn:** Der elfköpfige Inselrat („Island Council“) der Pitcairnin-seln hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die Exklusive Ökonomische Zone der britischen Kolonie zum Meeresschutzgebiet zu erklären. Kürzlich reiste der stellvertretende Bürgermeister von Pitcairn nach London, um bei der britischen Regierung für diesen Plan zu werben. Nach Angaben des seit Januar 2008 regierenden Bürgermeisters von Pitcairn, Michael Warren, wartet der Inselrat nun auf die Zustimmung des britischen Außenministeriums sowie auf das O.K. der britischen Hochkommissarin in Neuseeland, Victoria M. Treadell. Sie ist auch Gouverneurin der Pitcairnin-seln.

Warren erklärte, in die Überlegungen zur Erklärung eines Meeresschutzgebietes seien alle 50 Bewohner der Inseln miteinbezogen worden.

*Info:* Pitcairn ist die Hauptinsel der 47 Quadratkilometer großen Pitcairnin-seln und liegt etwa 5.000 km von Neuseeland und rund 5.700 km von Südamerika entfernt. Sie ist die einzige bewohnte Insel des Archipels. Weitere Inseln der Gruppe sind Oeno mit dem dazugehörigen winzigen Sandy Island, Henderson und das Atoll Ducie. Pitcairn wurde am 2. Juli 1767 von dem Seekadetten

Robert Pitcairn, Sohn des Marineoffiziers John Pitcairn, entdeckt und ist seit 1838 britische Kronkolonie bzw. britisches Überseegebiet. Die Pitcairnin-seln sind die letzte britische Kolonie im Pazifik. Die Einwohner der Hauptinsel sind größtenteils Nachfahren der Meuterer auf der *Bounty* und ihrer polynesischen Frauen.

Pitcairn wird von einem Magistrat und dem Bürgermeister verwaltet. Die Legislative wird vom Inselrat (Island Council) gebildet, der auch gleichzeitig judikative Befugnisse hat. Er besteht aus zehn Personen, vier davon werden direkt gewählt. Die Rolle eines Bindeglieds zwischen der Inselregierung und dem Gouverneur übernimmt das Pitcairn Islands Office (PIO) mit Sitz in Auckland. Das PIO wird von einem vom Gouverneur ernannten Kommissar geleitet. (*Radio Australia* 25.10.13, *CIA World Factbook*, <http://www.government.pn/>, *Wikipedia*)

#### England plant Bevölkerungswachstum

**Pitcairn:** Die britische Regierung strebt das Bevölkerungswachstum für seine im Pazifik gelegene Kronkolonie Pitcairn an. Bis zum Jahr 2016 sollen aus den bisher 50 Einwohnern 80 geworden sein. Langfristiges Ziel dieser Maßnahme ist es, die Inseln unabhängiger von britischer Entwicklungshilfe zu machen.

Nach Angaben des Vize-Gouverneurs der Inseln, Kevin Lynch, soll eine Consulting-Firma in einem ersten Schritt herausfinden, warum Tausende von Pitcairnern nach Neuseeland, England, die Vereinigten Staaten von Amerika und die pazifische Norfolk-Insel ausgewandert sind. In einem zweiten Schritt sollen die Berater erfragen, unter welchen Umständen diese Auswanderer wieder nach Pitcairn zurückziehen würden. Außerdem sollen die Berater eruieren, mit welchem Wirtschaftszweig die Pitcairner unabhängiger von Entwicklungshilfe werden könnten.

Lynch erklärte, man könne natür-

lich nichts an der geographischen Ablegenheit der Pitcairn-Inseln ändern, aber vielleicht die Erreichbarkeit verbessern. (*Radio NZ Intern.* 19.08.13)

## Australische Gelder

**Samoa:** Das samoanische Fortbildungsprogramm für Schulabgänger, das so genannte „Technical and Vocational Education and Training“ (TVET), wird auch im nächsten Jahr von der australischen Regierung mit 3,25 Millionen Tala (ca. 1 Mio. Euro) unterstützt. Das gab der samoanische Regionalleiter des staatlichen australischen Entwicklungshilfeprogramms AUSAid, Anthony Stannard, jetzt bekannt.

Das TVET dient der Qualifikation von Schulabgängern in technischen und handwerklichen Berufen, um deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Es berücksichtigt vor allem behinderte Schulabgänger und qualifiziert diese für den ersten Arbeitsmarkt. (*Talamua* 11.11.13)

#### Erste „anders begabte“ Rechtsanwältin

**Samoa:** Leao-o-salafai Susana Leota ist die erste behinderte Frau, die eine Zulassung als Rechtsanwältin von der Rechtsanwaltskammer in Samoa bekam. Leota selber bezeichnet sich nicht als „behindert“, sondern nennt sich „anders begabt“ (differently-abled). Leota studierte Jura in Neuseeland und praktiziert nun als Politikberaterin beim Ministerium für den Öffentlichen Dienst. Sie ist fachlich an die renommierte samoanische Rechtsanwaltskanzlei *Leota Raymond Schuster* angebunden.

Susana Leota ist das dritte von fünf Geschwistern, sie kam mit einem offenen Rücken (*spina bifida*) zur Welt und hat auf dem linken Auge nur noch ein Drittel Sehkraft. Wegen ihres Rückenleidens läuft sie an Krücken.

Zur Feier ihrer Zulassung reiste Leotas Familie aus Neuseeland

an. Gratuliert wurde ihr auch von Samoas Oberstem Richter Lesatele Rapi Va'ai. Er bezeichnete Leota als Vorbild für junge samoanische Behinderte. (*Island Business* 13.11.13, *Radio Australia* 14.11.13)

### 36 neue Schlangen entdeckt

**Samoa:** Ein Team von Entomologen der neuseeländischen Umweltschutzbehörde hat in den Bergen der samoanischen Insel Savai'i 36 neue Schlangenarten sowie über 40 unbekannte Schmetterlinge entdeckt. Die Expedition unter Leitung von Eric Edwards hatte zehn Tage im Hochland von Savai'i auf dem Berg Mont Silisili nach bisher unentdeckten Vögeln, Pflanzen, Schlangen und Insekten gesucht. Die Wissenschaftler entdeckten dabei in einer Höhe zwischen 1.000 und 1.800 Metern sowohl bis dato unbekannte Schlangen als auch solche, die in Küstengebieten schon als ausgestorben galten. Edwards erklärte, dass das gebirgige Hochland von Savai'i relativ isoliert von menschlichen Einflüssen sei und dass es nur wenige Fressfeinde von Schlangen gäbe. Jetzt gelte es, die Umwelt in dieser Region der Insel zu schützen und weitere Arten zu erforschen.

Das Sekretariat der pazifischen Umweltschutzbehörde SPREP (Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme) rief die Regierung von Samoa dazu auf, das bergige Hochland von Savai'i zum Naturschutzgebiet zu erklären und bei der UNESCO einen Antrag auf Aufnahme in das Weltkulturerbe der Menschheit zu stellen. (*Radio NZ. Intern.* 26.09.13, 07.10.13, <http://www.sprep.org/>)

### Jeder Vierte denkt an Suizid

**US-Samoa:** Jeder vierte Schüler einer High School in Amerikanisch-Samoa denkt ernsthaft darüber nach, sich selbst zu töten. Rund 40 % der Schüler geben an, sich schon einmal kurzfristig mit

dem Gedanken an einen Suizid beschäftigt zu haben. Das ist das Ergebnis einer Studie, die bereits 2011 von *Fesili Mai Partnership*, einem Zusammenschluss verschiedener sozialer und diakonischer Einrichtungen in US-Samoa, durchgeführt wurde. Unter Leitung von Dr. Dianna Georgina vom *Georgia Gwinnett College* im amerikanischen Atlanta waren Schülerinnen und Schüler einer Highschool in Tutuila anonym schriftlich befragt worden. In den zweisprachigen Fragebögen sollten die Jugendlichen Auskunft geben, warum sie über einen Suizid nachdachten. Die Mehrheit der Befragten gab als Hauptgrund familiäre Probleme an. Viele sagten, sie würden zu Hause von ihren Eltern oder älteren Angehörigen geschlagen, niemand rede mit ihnen über ihre Wünsche und Bedürfnisse und sie seien in der Schule unter extremem Leistungsdruck.

In dem Fragebogen sollten die Jugendlichen auch Vorschläge machen, wie ihnen geholfen werden könnte. Die meisten Befragten sagten, sie wünschten sich eine Person, die sich Zeit für sie nähme und ihnen zuhöre. Die Jugendlichen vermissten erwachsene Ratgeber und baten darum, in der Schule Unterstützung durch Sozialarbeiter zu bekommen.

Die Ergebnisse der Studie zu Suizidüberlegungen unter Jugendlichen wurden im Rahmen des *National Domestic Violence Awareness Month* im Oktober veröffentlicht. Zeitgleich rief die *American Samoa Alliance for Strengthening Families* dazu auf, sich bei familiären Problemen an sie zu wenden, bei ihnen bekämen gefährdete Jugendliche Rat und Hilfe. (*Samoa News* 16.10.13)

### Gründung einer Genossenschaft

**Tonga:** Vanille-Bauern in Tonga haben Mitte Oktober eine Genossenschaft gegründet, um besser mit der australischen Firma *Queen Fine Foods* verhandeln zu können. Diese hatte vor sechs Monaten einen 5-Jahres-Vertrag

mit tongaischen Vanille-Bauern abgeschlossen und den 265 Bauern feste Preise für die Vanille zugesichert. Nun haben sich die Bauern zur *Queen Vanilla Growers Vava'u Association Incorporated* zusammengetan und einen 12-köpfigen Aufsichtsrat bestimmt. Zum Vorsitzenden wurde Sione Lolohea aus Tunauku gewählt. Er erklärte, als einzelner Vanille-Bauer ohne Abnahmevertrag mit *Queen Fine Foods* habe man kaum eine Chance, Vanille zu einem guten Marktpreis zu verkaufen. Mit Beitritt zur Genossenschaft habe man jedoch die Zusage fester Abnahmepreise für die nächsten fünf Jahre. Das mache die tongaischen Bauern unabhängiger von den schwankenden Vanillepreisen auf dem Weltmarkt, so Lolohea. Durch das Abkommen mit dem australischen Nahrungsmittelproduzenten hätten viele Familien brachliegende Felder wieder mit Vanille bepflanzt, so wären Arbeitsplätze entstanden und die Familien verfügten wieder über ein regelmäßiges Einkommen.

(<http://www.pacifictradeinvest.com/> 13.10.13, *Radio NZ. Intern.* 15.10.13, <http://www.queen.com.au/pantry/vanilla-products/>)

### Regierung renoviert Häuser

**Niue:** Die Regierung von Niue hat mit der Renovierung dreier leerstehender Häuser begonnen, um diese Touristen zur Verfügung stellen zu können. Wie Mark Blumsky, der neuseeländische Botschafter für Niue, mitteilte, stehen überall auf der Insel verwahrloste und leerstehende Häuser. Sie gehören nach Neuseeland ausgewanderten Familien. Diese würden ihr Land in Niue nicht verkaufen, geschweige denn die Häuser abreißen, weil sie das Gefühl bräuchten, im „Notfall“ jederzeit wieder in ihre alte Heimat zurückkehren zu können, erklärte Blumsky.

Die verwahrlosten Ruinen seien der Regierung schon lange ein Dorn im Auge, so dass man nun dem Vorschlag eines Schülers folgt. Der Gymnasiast JinNam Hopotoa hatte vorgeschlagen, leerstehende Häuser wieder in-



stand zu setzen, um so Anreize zur Rückwanderung von Niueanern zu schaffen. Außerdem könnten die renovierten Häuser als Unterkünfte für die zu erwartenden Besucher dienen, riet er weiter.

Der Premierminister von Niue, Toke Talagi, erklärte, man rechne im nächsten Jahr mit einem Touristenaufschwung, da die neuseeländische Fluggesellschaft *Air New Zealand* einen wöchentlichen Zusatzflug von Auckland nach Niue angekündigt hat. Damit wird Niue zukünftig zweimal wöchentlich angefliegen. Talagi sagte, man wolle nun die Besitzrechte von leerstehenden Häusern klären. Viele stünden auf „Niemandland“, hier gäbe es keine offiziellen Besitzeinträge im Grundbuchamt.

Bei den nun renovierten drei Häusern habe man die Besitzrechte eindeutig klären können. Die Häuser sollten zukünftig nicht nur Touristen offenstehen, sondern auch Niueanern, die im Heimaturlaub wären, erklärte der Premier. (*Radio NZ. Intern. 07.11.13*)

## Neuer Botschafter

**Niue:** Mitte Oktober hat der neuseeländische Außenminister Murray McCully Herrn Ross Ardern zum neuen neuseeländischen Botschafter in Niue ernannt. Der Neuseeländer war bereits vor einigen Jahren vier Jahre lang Chef der Polizei des seit 1974 mit Neuseeland in freier Assoziierung stehenden Inselstaates. Derzeit ist er noch so genannter „Liaison Officer“ der neuseeländischen Polizei für den Pazifik und in dieser Funktion in der samoanischen Hauptstadt Apia stationiert. Seinen neuen Posten tritt Ardern zum 1. Februar 2014 an. Er folgt auf Mark Blumsky, der in seiner Amtszeit vor allem den Tourismussektor ausgebaut hat und erreichte, dass Niue für dieses Jahr einen Zuwachs in Höhe von 32 % im Tourismussektor verzeichnen kann. Ardern soll die wirtschaftliche Entwicklung Niues weiter ausbauen.

Zur Feier der langjährigen guten Beziehungen zwischen Neuseeland und Niue hatte sich der neuseeländische Generalgouverneur Sir Jerry Mateparae zu einem offiziellen Staatsbesuch auf Niue angemeldet. Unter anderem ging es bei diesem eintägigen Besuch schon um die Planungen der Feier zur 40-jährigen freien Assoziierung im Jahr 2014. (*Radio NZ Intern. 17.10.13, Flash d'Océanie 18.10.13*)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

[Alle Artikel in dieser Rubrik stammen von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu.]

### Bemühungen zur Entkolonisierung gehen weiter

**Frz.-Polynesien:** Seit der Wiedereinschreibung des Landes auf die Liste der Nichtselbstregierten Territorien durch die UN-Vollversammlung am 17. Mai 2013 dauern die Bemühungen der Opposition unter Ex-Präsident Temaru, die Entkolonisierung des Territoriums einzuleiten, an. Nachdem Temaru und der ebenfalls die Souveränität befürwortende Senator Richard Tuheiava (einer der beiden Vertreter des Landes im Pariser Senat) am 8. Oktober vor dem mit Entkolonisierungsfragen betrauten Vierten Ausschuss der Generalversammlung ausgesagt hatten, beschloss der Ausschuss am 14. Oktober eine Resolutionsvorlage, nach der Mittel bereitgestellt werden sollen, um die Bevölkerung Französisch-Polynesiens politisch zu bilden, so dass sie frei und informiert ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben kann. Es ist davon auszugehen, dass die Resolutionsvorlage von der Generalversammlung im Laufe der nächsten Monate beschlossen wird. Die UNO folgt damit der Ansicht Temarus und Tuheiavas, dass nach Jahrzehnten französischer Propaganda und Indoktrination eine sofortige Abstimmung ohne langfristige Vorbereitung ein zugunsten Frankreichs verzerrtes Meinungsbild liefern

würde.

Zur gleichen Zeit blieben die Versuche des pro-französischen Präsidenten der Landesregierung Gaston Flosse, mit seiner massiven Mehrheit in der Landesversammlung den anlaufenden internationalen Entkolonisierungsprozess anzuhalten oder gar zurückzudrehen, weitgehend erfolglos. Obwohl die Mehrheit der Landesversammlung Mitte August erneut eine Resolution verabschiedete, in der die Aktivitäten der UNO als „*Einmischung in die inneren Angelegenheiten zwischen Frankreich und Frz.-Polynesien*“ verurteilt werden, und Flosse auf der Jahrestagung des *Pacific Islands Forum* (PIF) Anfang September in Majuro versuchte, pazifische Inselstaaten zu einer entsprechenden Stellungnahme zu überreden, enthielt das Schlusskommuniqué des PIF keinerlei Hinweis zu Französisch-Polynesien.

Paris wiederum scheint an keinerlei Änderung des Status Quo interessiert zu sein und zeigt sich weder von den Vorschlägen der UNO und Temarus Opposition in Tahiti, noch von denen Flosses und seiner Regierungsmehrheit beeindruckt. Während seines Besuchs in Französisch-Polynesien Ende November erklärte der französische Minister für überseeische Territorien Victorin Lurel in einer Grundsatzrede vor der Landesversammlung, dass es keinen Grund für ein Unabhängigkeitsreferendum gebe, weder für eines nach den Modalitäten der UN, noch für ein sofortiges unter derzeitigem französischem Wahlrecht, wie Flosses Mehrheit es gefordert hatte. Stattdessen forderte Lurel alle politischen Kräfte des Landes auf, konstruktiv mit der französischen Regierung zusammenzuarbeiten, um das Land wirtschaftlich zu entwickeln. (*Website der Vereinten Nationen www.un.org; Tahiti-Infos*)

### Verkehrsminister wegen Trunkenheit am Steuer zurückgetreten

**Frz.-Polynesien:** Trotz der bei den letzten Wahlen im Mai 2013 gewonnenen Zweidrittelmehrheit

der Regierungspartei Tahoeraa Huiraaatira von Präsident Gaston Flosse lässt politische Stabilität nach wie vor auf sich warten, denn nach nur sechs Monaten bildete Flosse seine Regierung Mitte November um. Unmittelbarer Grund dafür war der Rücktritt des Ministers für Verkehr, Infrastruktur und Energie, Bruno Marty, am 10. November. Ausgerechnet Verkehrsminister Marty hatte zwei Tage zuvor in angetrunkenem Zustand sein Auto gegen eine Mauer gefahren, wobei herauskam, dass ihm bereits Anfang des Jahres wegen eines ähnlichen Vorfalls der Führerschein abgenommen worden war. Am 18. November ernannte Flosse aber nicht nur Marty's Sekretär Albert Solia zu dessen Nachfolger, sondern bildete gleich sein ganzes Kabinett um. Neben den acht bestehenden Ministerposten wurde ein neuer für Manolita Ly, die neue Ministerin für Arbeit, Sozialwesen und Familie, geschaffen, und die anderen Geschäftsbereiche unter den restlichen Ministern neu verteilt. (*Tahiti-Infos, Tahiti Pacifique*)

### Selbsternannte Republik druckt eigenes Geld

**Frz.-Polynesien:** Die vor drei Jahren gegründete selbsternannte „Republik Pakumotu“, die beansprucht, die legitime Regierung des Landes zu sein (und deren Anführer sich seltsamerweise nicht als Präsident, sondern als König bezeichnet), hat begonnen, eine eigene Währung, den Patu, herauszugeben. Auf einer Pressekonferenz am 30. Oktober kündigte Teiri Athanase, der sich selbst als „König Taginui I“ bezeichnet, an, dass seine „Regierung“ Geldscheine im Wert von einer Milliarde Patu in Umlauf setzen will, die ab sofort in Tahiti gesetzliches Zahlungsmittel seien und im Kurs von 145 CFP-Francs (1,22 EUR) zu einem Patu eingewechselt werden können.

Während die meisten Beobachter die Initiative der Gruppe, die etwa 100 Anhänger hat, nur milde belächelten, kündigte die französische Staatsanwaltschaft an, gegen

„Pakumotu“ wegen Herstellung illegaler Geldzeichen strafrechtlich vorzugehen, und alle „Patu“-Scheine zu beschlagnahmen. Das ruppige Vorgehen der Behörden gegen die Randgruppe erscheint recht befremdlich, da die „Patu“-Scheine klar eine Phantasiewährung darstellen und sich im Design deutlich von offiziellen Banknoten in CFP-Francs unterscheiden, so dass eine Verwechslung ausgeschlossen ist. (*Tahiti-Infos, Tahiti Pacifique*)

### Kontroverse um Eröffnung einer Moschee

**Frz.-Polynesien:** Die geplante Eröffnung einer Moschee in Papeete hat zu lautstarken Protesten geführt und wurde vorerst gestoppt. Mitte Oktober kam der 23-jährige Imam Hishan Al-Barkani, ein Franzose arabischer Abstammung aus einem Vorort von Paris, nach Tahiti und mietete in der Innenstadt von Papeete eine Etage eines Bürogebäudes und richtete darin ein islamisches Gemeindezentrum ein. Neben einigen wenigen in Tahiti lebenden Franzosen arabischer Abstammung umfasste seine Gemeinde auch eine junge Polynesierin von der Insel Moorea, die Al-Barkani zum Islam bekehrt hatte. Das Gemeindezentrum wurde offensichtlich mit Geldern aus dem Nahen Osten finanziert, da es in kürzester Zeit luxuriös eingerichtet wurde.

Die Eröffnung des islamischen Zentrums führte unter zahlreichen Einwohnern Tahitis zu großer Empörung, da sie sich vor einer Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus fürchteten. Am 9. November zogen deshalb etwa 400 Menschen durch Papeetes Innenstadt, um gegen das Gemeindezentrum zu protestieren und für eine liberale und säkulare Gesellschaft einzustehen. Dass mehrere in Tahiti tätige christliche Sekten ebenfalls extremistische Theologien vertreten, wurde bei den Protesten allerdings verschwiegen. Al-Barkani zeigte sich von den Protesten überrascht und verwies auf die Tatsache, dass es, obwohl das Land mehrheitlich

christlich ist, seit mehreren Jahrzehnten in Papeete eine Synagoge gibt. Warum also nicht auch eine Moschee? Nach nur wenigen Wochen wurde das islamische Zentrum allerdings von der Stadtverwaltung von Papeete geschlossen unter dem Vorwand, der Imam hätte bestimmte Vorschriften zur Anmeldung religiöser Gemeinschaften nicht eingehalten. Bis auf weiteres scheint das Projekt damit gescheitert zu sein. (*Tahiti-Infos, Tahiti Pacifique*)

### Demonstration gegen Annexionsfeier

**Rapa Nui:** Am 9. September 2013, dem 125. Jahrestag der Annexion der Insel Rapa Nui durch Chile, fand im Zentrum des Inselhauptortes Hanga Roa erstmals seit vielen Jahren eine große Demonstration für die Unabhängigkeit statt. Am 9. September 1888 hatten König Atamu Tekena und elf weitere Häuptlinge mit dem chilenischen Korvettenkapitän Policarpo Toro ein Dokument unterzeichnet, durch das sie einen Teil ihrer Autorität an die chilenische Regierung abtraten. Da die spanische Version des Dokuments mit derjenigen in der Rapanui-Sprache nur teilweise übereinstimmt, ist allerdings bis heute höchst umstritten, was genau damals an den chilenischen Staat abgetreten wurde. Viele Rapanui sind der Meinung, das Abkommen von 1888 sei nur als Freundschaftsvertrag zu werten, den Chile durch seine Kolonialpolitik seither ununterbrochen verletzt hat. Seit vielen Jahrzehnten finden am Annexionstag jährlich eine offizielle Gedenkfeier und eine Militärparade statt, an der die lokalpolitischen Eliten (Gouverneur, Bürgermeister und andere Lokalpolitiker) sowie Vertreter der chilenischen Regierung teilnehmen. Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung hatten die Feier bisher entweder boykottiert, oder sie hatten ihre Forderungen in gemäßiger Form im Rahmen der Gedenkfeier vorgetragen.

Mittlerweile hat sich allerdings das Rapanui-Parlament, die von Chile

nicht anerkannte basisdemokratische Volksvertretung des die Unabhängigkeit befürwortenden Bevölkerungsteils, zu einer lokal bedeutsamen und international anerkannten politischen Kraft entwickelt. Infolgedessen wurde dieses Jahr für den Annexionstag erstmals eine Gegendemonstration geplant. Die Demonstranten, mit über 200 etwa ein Zehntel der einheimischen Gesamtbevölkerung, trugen zahlreiche Flaggen Rapa Nui sowie mehrere hawaiische und tahitische Flaggen, um die Verbundenheit ihres Volkes mit den anderen Inselgruppen Polynesiens zu unterstreichen. Einige Demonstranten ritten auf Pferden, nach wie vor ein übliches Transportmittel für viele junge Rapanui und ein Symbol für deren ländliche Lebensart. Auf Transparenten wurden die Entkolonisierung der Insel sowie Unabhängigkeit oder mindestens weitreichende Autonomie gefordert und gegen den Machtmissbrauch der derzeitigen chilenischen Regierung protestiert.

Der Protest spiegelt die andauernden politischen Spannungen wider, die sich in den letzten Jahren auf der Insel aufgrund der konfrontativen Politik der amtierenden chilenischen Mitte-Rechts-Regierung, die im Dezember 2010 mit einem brutalen Polizeieinsatz Proteste blutig niederschlagen ließ, immer weiter verschärft haben. Noch verstärkt wird dies durch den ausufernden Massentourismus, der immer mehr ausländisches Kapital anzieht und gleichzeitig die Lebenshaltungskosten mehr und mehr ansteigen lässt. Wie der sich abzeichnende Regierungswechsel in Chile im nächsten Jahr sich auf die Situation auf Rapa Nui auswirken wird, bleibt abzuwarten. (*saverapanui.org; eigene Recherchen*)

## HAWAI'I

### Rechtsbeschwerde vor dem Internationalen Gerichtshof

Ende September reiste der hawaiische Politikwissenschaftler Keanu Sai im Namen der kommissari-

schen Regierung des Hawaiischen Königreichs nach Den Haag, um vor dem *Internationalen Gerichtshof* (International Court of Justice, ICJ) eine Rechtsbeschwerde gegen 45 Staaten einzulegen. Die verklagten Staaten, die entweder selbst im 19. Jahrhundert Verträge mit dem hawaiischen Königreich hatten oder Rechtsnachfolger solcher Staaten sind, werden beschuldigt, völkerrechtlich verbindliche Verträge mit Hawai'i dadurch zu verletzen, dass sie die völkerrechtswidrige Besetzung des Archipels stillschweigend anerkennen, in dem sie beispielsweise diplomatische Vertretungen in Hawai'i unterhalten, die von den USA und nicht von der hawaiischen Regierung akkreditiert sind. Verklagt wurden vorerst nur Staaten, die die Jurisdiktion des ICJ bedingungslos anerkennen. Dazu zählen zum Beispiel Österreich, Belgien, Finnland, Bulgarien, Kenia und Pakistan. Die Bundesrepublik Deutschland dagegen akzeptiert die Jurisdiktion des ICJ nur unter Bedingungen und die USA weigern sich bekanntlich gänzlich, verbindliche internationale Rechtssysteme anzuerkennen.

Hintergrund der Rechtsbeschwerde ist die Tatsache, dass die Verträge des hawaiischen Königreichs mit Drittstaaten im Zuge der US-Okkupation im Jahre 1898 nie formell aufgekündigt wurden, sondern lediglich nach langer Verzögerung informell für gegenstandslos erklärt wurden. (Anmerkung: In Belgien beispielsweise stand der Vertrag mit Hawai'i bis 1908, in der Schweiz sogar bis 1947 in den Gesetzbüchern). Da die Verbindlichkeit internationaler Verträge bis zu deren formeller Kündigung eine Grundregel des Völkerrechts darstellt, haben sich die verklagten Drittstaaten somit an der rechtswidrigen Besetzung Hawai'is mitschuldig gemacht, in dem sie ihre Verträge mit dem Inselkönigreich nicht einhalten.

Die Beschwerde wurde am 25. September von der Registratur des ICJ persönlich entgegengenommen, der Registrator wies allerdings in einem Antwortschreiben vom 18. Oktober darauf hin,

dass erstens nur Staaten unter die Jurisdiktion des Gerichtshofs fallen und zweitens Nichtmitgliedsstaaten der UN erhebliche Geldmittel zur Begleichung der Gerichtskosten bereitstellen müssen (Mitgliedsstaaten finanzieren den ICJ über ihre UN-Mitgliedsbeiträge), weswegen der Gerichtshof bis auf weiteres in der Sache nicht tätig werden kann. Da aus der historischen Entwicklung klar hervorgeht, dass Hawai'i ein Staat ist, womit sich der erste Punkt der Rückfrage erledigt, geht es nun darum, Sponsoren zu finden, um die Gerichtskosten aufzubringen, die sich wahrscheinlich auf mehrere hunderttausend Euro belaufen werden.

Einige Wochen später hielt Sai am 11. November in Zürich auf Einladung der *Vereinigung ehemaliger Schweizer Diplomaten* einen Vortrag zum Thema „Hawai'i – US State or Pacific Kingdom?“ und debattierte anschließend in einer Podiumsdiskussion mit dem ehemaligen Schweizer Botschafter in den USA, Christian Blickenstorfer. Nach Meinung der Veranstalter führte Sai dabei „den Zuhörenden *enthusiastisch vor Augen, dass das Land immer noch ein zwar okkupierter, aber eigenständiger Staat ist.*“ Der Erfolg des Vortrags zeigt, dass die Bewegung zur Wiederherstellung des souveränen Hawaiischen Staates weltweit in diplomatischen Kreisen immer mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht. (*Hawaiian Kingdom Blog* <http://hawaiiankingdom.org/blog>, *Homepage des Swiss Diplomats Zurich Network* [www.swissdiplomats.net](http://www.swissdiplomats.net), *eigene Recherchen*)

### Verfolgung von Obdachlosen hält an

Die mittlerweile tausenden von Obdachlosen, die auf den Straßen und in den Parks auf Hawai'is Hauptinsel O'ahu leben, weil die Wohnungsmieten für einfache Leute kaum mehr erschwinglich sind, werden weiterhin von rechtspopulistischen Politikern als Sündenböcke verfolgt. Mitte November sorgte der Parlamentsabgeordnete im Staatsrepräsentantenhaus Tom Brower (Demokrati-

sche Partei) für Aufsehen, als er vor laufender Fernsehkamera mit einem Vorschlaghammer durch verschiedene Stadtparks zog, um damit die Räder von Einkaufswagen, die Obdachlose dafür verwenden, ihr Hab und Gut zu transportieren, zu zerschlagen. Brower meinte, damit einen Beitrag dazu zu leisten, Stadtparks zu „säubern“. Dass er mit seinem Vorgehen Sachbeschädigung an fremdem Eigentum beging, und dass er, falls er die Straßen und Park wirklich „säubern“ wollte, besser daran täte, herrenlose Einkaufswagen zu den Supermärkten, von denen sie entwendet wurden, zurückzuschieben, anstelle sie zu unansehnlichem Metallschrott zu zerschlagen, der nur noch mit Spezialfahrzeugen entfernbar ist, war Herrn Brower scheinbar im Eifer des Gefechts entgangen. Anstelle ihn umgehend zu verhaften und auf seine geistige Zurechnungsfähigkeit zu überprüfen, wie es mit einem sich vergleichbar aufführenden normalen Bürger geschehen wäre, beließ es die Polizei allerdings dabei, Brower zu verwarnen, woraufhin er seine eigenartige Kampagne wieder einstellte. Mehrere Obdachlose, die Zeugen von Browsers Verhalten wurden, wurden dadurch allerdings psychologisch traumatisiert.

Als ob Browsers Attacken nicht genug wären, hatte Stanley Chang, Mitglied des Stadtrats von Honolulu, Anfang September den Entwurf einer Verordnung eingebracht, nach dem es in Zukunft in Honolulu verboten sein soll „auf dem Gehweg zu liegen.“ Nach zahlreichen ähnlichen Verordnungen und Gesetzen, die alle darauf abzielen, Obdachlosigkeit zu kriminalisieren, stieß Changs Entwurf auf besondere Empörung, da er in eklatantem Widerspruch zum ältesten Gesetz Hawaiis, des um 1797 von König Kamehameha I erlassenen „Gesetzes des gespaltenen Paddels“ steht. In letzterem Erlass, auf hawaiisch „Mamalahoā“ genannt, garantierte der König „allen Männern, Frauen und Kindern, friedlich an der Seite der Strasse liegen zu können“ und von niemandem belästigt zu werden. Dieses Gesetz, dass die Grundla-

ge der modernen Rechtsstaatlichkeit des hawaiischen Königreichs bildet, ist auch in der Verfassung des 1959 gegründeten US-Bundesstaates erhalten. Nach Protesten zahlreicher Menschenrechtsaktivisten wurde der Entwurf Ende November im Stadtrat zurückgezogen und auf unbestimmte Zeit vertagt. Wirksame Maßnahmen, die Ursachen der Obdachlosigkeit zu bekämpfen und die Wohnungs- und Lebenshaltungskosten in Hawai'i für alle Bürger erschwinglich zu machen, scheinen dagegen nicht in Sicht. (*Hawaii Now News, Honolulu Star-Advertiser, The Hawaii Independent*)

### **Gesetz zur Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Ehepaare**

Am 13. November unterzeichnete Neil Abercrombie, der Gouverneur des US-Bundesstaates Hawai'i, ein Gesetz („Marriage Equality Act“), das es gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht, Ehen zu schließen. Bislang gab es in Hawai'i für schwule und lesbische Paare nur die Möglichkeit, eine eingetragene Lebenspartnerschaft („civil union“) zu schließen, während die Ehe gesetzlich ausschließlich als eine Verbindung von Mann und Frau definiert war. Seit seinem Amtsantritt vor zwei Jahren hatte sich Abercrombie dafür ausgesprochen, diese Diskriminierung zu beenden und homosexuelle Ehepaare mit heterosexuellen gleichzustellen. Die Gesetzesvorlage war lange umstritten und wurde von einer Minderheit christlich fundamentalistischer Abgeordneter im Staatsparlament vehement bekämpft und deswegen im Laufe der diesjährigen Legislaturperiode immer weiter verschoben. Nach dem Ende der regulären Sitzung wurde das Parlament am 28. Oktober zu einer Sondersitzung zusammengerufen, um die Gesetzesvorlage doch noch in diesem Jahr zu beschließen. Trotz lautstarker Proteste großer Gruppen religiöser Fanatiker vor dem Parlamentsgebäude (gegen die sich auf der anderen Seite des Gebäudes ebenso zahlreiche Vertreter von Homosexuel-

lenverbänden und andere Unterstützer des Gesetzes formierten, wobei es teilweise zu Handgreiflichkeiten kam) fand die Vorlage im Parlament breite Zustimmung und wurde im Staatssenat am 5. November mit 19 gegen vier Stimmen und im Staatsrepräsentantenhaus am 8. November mit 30 gegen 19 Stimmen verabschiedet.

Neben Neuseeland, wo ein entsprechendes Gesetz bereits im April dieses Jahres beschlossen wurde, und den drei französischen Überseegebieten, in denen die gleichgeschlechtliche Ehe im Zuge eines nationalen französischen Gesetzes seit Mai diesen Jahres erlaubt wurde, ist somit Hawai'i das vierte pazifische Land, in dem Schwule und Lesben heiraten dürfen. Die meisten unabhängigen Pazifikstaaten sind dagegen auf diesem Gebiet sehr rückschrittlich. So ist zum Beispiel in mehreren pazifischen Commonwealth-Staaten als Überbleibsel des puritanischen britischen Kolonialrechts sogar Homosexualität an sich immer noch strafbar (*Honolulu Star-Advertiser, eigene Recherchen*)

## **AOTEAROA (NEUSEELAND)**

### **EPA bewilligt Antrag auf Tiefseebergbau**

Die neuseeländische Umweltschutzbehörde *Environmental Protection Authority* hat am 10. November der Firma *Trans-Tasman Resources Ltd. (TTR)* die Bewilligung zur Antragstellung auf die Gewinnung von Bodenschätzen aus der Tiefsee erteilt. Die EPA hat diesen Antrag am 21. November auf der Homepage veröffentlicht und wird über vier Wochen hinweg mittels einer öffentlichen Anhörung klären, ob die TTR die Genehmigung zum Tiefseebergbau erhält. „Öffentliche Anhörung“ meint in diesem Fall, dass sich jeder Neuseeländer, sogar Kinder, öffentlich zu dem Tiefseebergbauprojekt äußern kann und seine Bedenken anmelden kann. Die EPA macht alle erforderlichen Daten und Dokumente auf der Homepage öffentlich, so

dass sich jeder Interessierte detailliert über den Antrag der TTR informieren kann.

TTR hält bereits eine Lizenz auf ein Gebiet innerhalb der Exklusiven Ökonomischen Zone in der South Taranaki Bight, gegenüber dem Ort Patea an der Westküste der Nordinsel. Hier plant der Konzern den Abbau von Titanomagnetit, einem Rohstoff, der dem Roherz ähnelt und als Alternative zur Herstellung von Stahl genutzt werden kann. TTR hat angekündigt, auf einem 65 Quadratkilometer großen Gebiet in einer Tiefe von 20 bis 45 Metern die Rohstoffe abzubauen zu wollen. Der Meeresboden in dem Gebiet, rund 22 bis 36 Kilometer vor der Küste gelegen, ist meterhoch mit schwarzen eisenerzhaltigem Gestein bedeckt, das von Vulkanausbrüchen vor Millionen von Jahren stammt.

TTR hat seit 2009 Umweltstudien durchgeführt und dafür mehr als acht Millionen NZ Dollar ausgegeben. Nach Angaben des Geschäftsführers seien keine größeren Umweltschäden zu befürchten, da man in dem entsprechenden Abbaugelände weder Delfine noch andere bedrohte Tier- und Pflanzenarten entdeckt habe. Auch werde der Tiefsee-Abbau keine Auswirkungen auf Strand- und Surftouristen haben, hieß es weiter.

Jährlich will TTR 50 Millionen Tonnen Sedimente an die Meeresoberfläche befördern, daraus sollen fünf Millionen Tonnen Rohstoffe gewonnen werden. Die restlichen Sedimente will der Konzern wieder auf dem Meeresboden in die Bergbaugruben schütten, wie ein Firmensprecher bekanntgab. TTR will 250 neue Arbeitsplätze schaffen.

Die Gegner des Tiefseebergbaus, die sich neuseelandweit zur Nichtregierungsorganisation *Kiwis against seabed mining (KASM)* zusammengeschlossen haben, haben Demonstrationen und Online-Petitionen gegen den Antrag von TTR angekündigt.  
(<http://kasm.org.nz/>, *Papua New Guinea Mine Watch* 11.11.13)

## Maori-Bezeichnung für Inseln

Am 10. Oktober 2013 hat die neuseeländische Regierung die neuen offiziellen Bezeichnungen für die Nord- und die Südinsel in Maori bekanntgegeben. Nach rund dreimonatigen Konsultationen unter Leitung eines Sachverständigenrates einigte man sich auf folgende einheimische Namen:

Für die Nordinsel: *Te Ika-a-Maui* (dt. Der Fisch des Gottes Maui).

Für die Südinsel: *Te Waipounamu* (dt. Die Wasser des grünen Steins).

An der Namensfindung war die Bevölkerung Neuseelands beteiligt. 1.329 Menschen unterbreiteten dem Sachverständigenrat 2.608 Namensvorschläge. Schließlich einigte man sich auf die Namen, die bereits auf den ersten Landkarten von Neuseeland zur Bezeichnung der beiden Inseln benutzt wurden und erst Anfang der 1950er Jahre zugunsten des Englischen verschwanden.

Maurice Williamson, Minister für Topologie und Chef des Katasteramtes, erklärte, aus diesem Grund hätten die Maori-Namen eine große Bedeutung für die Maori. Sie spiegelten ein Stück vorkolonialer Geschichte wider. Es handele sich bei den einheimischen Namen um das Erbe der Maori und ein Stück ihrer kulturellen Identität, so der Minister.

Mit Beschluss des Parlamentes des „Landes der langen weißen Wolke“ (Aotearoa-Neuseeland) werden zukünftig alle offiziellen Dokumente wie Grundbucheintragen, Karten und Atlanten zweisprachig geführt. Die im Volksmund überkommene englischsprachige Bezeichnung *North and South Island* wurde ebenfalls offiziell vom Parlament genehmigt und verabschiedet. Bis dato hatten zwar viele Neuseeländer diese Bezeichnungen benutzt, es gab aber keine offizielle Namenszuschreibung seitens der Regierung für die beiden Inseln. (*New Zealand Herald* 10.10.13, *Flash d'Océanie* 11.10.13)

## Erste Fidschi-Sprachwoche

Erstmals fand vom 7. bis zum 13. Oktober in der neuseeländischen Hauptstadt Wellington eine so genannte „Fijian Language Week“ im Rahmen der *Pacific Language Weeks 2013* statt. Ziel war es, die in Neuseeland lebenden Fidschianer wieder enger an ihre Heimat(-sprache) zu binden und den Neuseeländern die Besonderheiten der fidschianischen Kultur nahezubringen. Mehrere Organisationen und öffentliche Einrichtungen beteiligten sich an dieser Woche. Sie gaben fidschianische Nachrichten heraus, organisierten Veranstaltungen und feierten Feste.

Neben Fidschi fand auch erstmals eine „Tuvalu Language Week“ vom 30. September bis 6. Oktober statt. Außerdem gab es diese speziellen Sprachwochen noch für folgende Pazifikstaaten, aus denen Menschen nach Neuseeland eingewandert sind: Samoa, Cookinseln, Tonga, Tokelau und Niue.

*Info:* Die Amtssprachen in Fidschi sind *Fidschianisch*, das zu den austronesischen malayopolynesischen Sprachen zählt, *Fidschi-Hindi* und *Englisch*. Die indischstämmige Bevölkerung spricht Fidschi-Hindi (auch "Fiji Talk"), neben Hindi und Urdu eine Variante des Hindustani. Daneben werden auf den Inseln auch Lauanisch und Rotumanisch gesprochen. Neben dem Standard Fidschianisch gibt es noch einen Dialekt, das *Boumaa Fidschianisch*. (*Radio NZ. Intern.* 08.10.13, <http://www.mpia.govt.nz/pacific-language-weeks-2013/>, *Wikipedia*)

**INDONESIEN  
WESTPAPUA  
TIMOR-LESTE**

## Aktueller Bericht über Völkermord

**Westpapua:** Die *Asian Human Rights Commission (AHRC)* und die *International Coalition - Human Rights and Peace for Papua*

(ICP) haben Mitte September in Genf einen Bericht über schwerste Menschenrechtsverletzungen, die im Hochland von West-Papua in den Jahren 1977-1978 begangen wurden, vorgestellt. Der englisch- und indonesischsprachige Bericht behandelt diese Verbrechen unter dem Gesichtspunkt der „UN Konvention zur Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“. Er will zur Wahrheitsfindung über die damaligen Ereignisse beitragen.

„The neglected genocide. Human Rights abuses against Papuans in the Central Highlands, 1977-1978“ ist das Ergebnis einer dreijährigen Untersuchung, durchgeführt von der in Hongkong ansässigen *Asian Human Rights Commission* (AHRC). Er dokumentiert den Tod von mehr als 4.000 indigenen Papua, Erwachsenen und Kindern, als Folge von Militäroperationen der indonesischen Armee in diesem Gebiet. Unter den Todesopfern waren Kinder unter zehn Jahren und alte Leute über 60. Die meisten von ihnen wurden Opfer von Luftangriffen und Bombenabwürfen. Die Armee setzte damals *OV-10 Bronco Kampffjets* ein, die von den USA geliefert worden waren.

Neben Details über die Opfer enthält der Bericht Erzählungen von Überlebenden. Sie berichten von den brutalen und unmenschlichen Aktionen, die damals vom indonesischen Militär begangen wurden. Einer der Überlebenden, Reverend Matius Wenda (Name geändert), schildert, wie indonesische Militärs alte Menschen gezwungen haben, ihren Kot zu essen. Ein anderes Opfer erzählt, wie gefangene Papua sich in einer Reihe aufstellen mussten, bevor sie von den Militärs erschossen wurden. Wenda selbst konnte überleben, weil er sich tot stellte.

Auch sexuelle Gewalt gegen Frauen war während der Operationen im Hochland in den Jahren 1977–1978 üblich. Eine der überlebenden Frauen erzählte im Interview mit den Herausgebern des Berichtes: *„Einigen Frauen hat man die Brüste abgeschnitten, sie starben. Viele wurden vergewaltigt*

*und dann getötet, andere wurden nur vergewaltigt“.*

Die AHRC stellt fest, dass es sich bei der großen Zahl von Vergehen um Genozid (Völkermord) handelt, wie ihn die *Convention for the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide* - von der Vollversammlung der Vereinten Nationen 1948 angenommen - definiert. Die Organisation macht für die furchtbaren Menschenrechtsverbrechen hohe Offiziere der indonesischen Armee und auch den damaligen indonesischen Präsidenten General Soeharto verantwortlich.

Der Direktor für die Programm-entwicklung der AHRC, Basil Fernando, sagte: *„Die Publikation dieses Berichts soll in der weiten Öffentlichkeit, besonders in Indonesien, ein Bewusstsein von der langen Geschichte der Gewalt in Papua schaffen.“*

*„Die lange Zeit der Diktatur unter Soeharto hat bei der indonesischen Bevölkerung Angst und Schweigen hervorgerufen, insbesondere im Blick auf die dunkle Geschichte Papuas“*, erklärte Fernando. Er wies darauf hin, dass die Quellen, aus denen man etwas über die Ereignisse von 1977–1978 im Hochland von West Papua erfahren kann, äußerst begrenzt sind.

*„Wenn die indonesische Regierung und die breite Öffentlichkeit in Indonesien die Verbrechen der Regierung in der Vergangenheit in Papua nicht anerkennen, dann werden auch die gegenwärtigen Konflikte in dieser Region nicht gelöst werden“*, fügte er hinzu. Weiter sagte er: *„Die indonesische Regierung sollte erkennbare Anstrengungen unternehmen, Gerechtigkeit in Papua und für die Papua herzustellen. Einer der wichtigsten Schritte dazu ist das Recht auf Wahrheit, das gewährt werden muss.“*

Eine Empfehlung des Berichts ist die Errichtung einer Wahrheits- und Versöhnungs-Kommission, wie sie schon das Sonderautonomie-Gesetz vom Jahre 2001 vorschreibt. Auch fordert der Bericht

in seinen Empfehlungen die indonesische Regierung auf, die Beschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung aufzuheben. Damit würde sie ihren internationalen Verpflichtungen zur Einhaltung der Menschenrechte nachkommen.

*Info:* Die *Asian Human Rights Commission* ist eine regionale Nichtregierungsorganisation. Sie beobachtet die Menschenrechte in Asien, dokumentiert Menschenrechtsverletzungen und setzt sich für Gerechtigkeit und Reformen ein, damit diese Rechte durchgesetzt werden können. Die Organisation mit Sitz in Hongkong wurde 1984 gegründet.

*Human Rights and Peace for Papua* (International Coalition for Papua, ICP) ist eine internationale Koalition kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die zu der problematischen Menschenrechtssituation in West Papua arbeiten und eine friedliche Lösung des dortigen Konflikts fördern. Das Pazifik-Netzwerk e.V. gehört seit September 2013 zum Trägerkreis der ICP. ([www.west-papua-netz.de](http://www.west-papua-netz.de), <http://www.humanrightspapua.org/hrreport/genocidereport>)

## Protest gegen neue Provinzen

**Westpapua:** Hochrangige evangelische Kirchenführer, Aktivisten und lokale Politiker haben ihre Einwände gegenüber Plänen der Zentralregierung Indonesiens geäußert, die eine Einteilung (indon. *Pemekaran*) der Provinzen Papua und West Papua in weitere Provinzen und Landkreise vorsehen. Angeblich sollen hier 30 neue Landkreise und drei neue Provinzen gebildet werden. Diese Entscheidung sei völlig überzogen, da es sich um dünn besiedelte Gebiete mit kaum erschlossener Infrastruktur und geringen administrativen Strukturen handele, argumentieren die Kritiker der Regierungspläne. Vielmehr wolle die Regierung unter anderem Posten für Politiker schaffen, die bei Wahlen erfolglos blieben. ([www.scoop.nz](http://www.scoop.nz) 30.10.13, *West-Papua-Netzwerk E-Info* 27.11.13)

## Pensionsfonds trennt sich von Freeport-Anteilen

**Stockholm:** Der schwedische staatliche Pensionsfonds trennt sich von seiner Beteiligung an der *Freeport McMoran Holdings*, die in Westpapua seit 1973 bis voraussichtlich noch 2041 die größte Kupfer- und Goldmine der Welt betreibt. Der Rücktritt erfolgt auf Empfehlung des Ethikrats des Fonds, der Freeport vorwirft, durch die Bergbauaktivitäten in Papua "ernsthafte Umweltschäden zu verursachen, die der UN Konvention über die biologische Vielfalt widersprechen".

Der Ethikrat wies bei seiner Empfehlung vor allem auf die mit giftigen Schwermetallen verseuchten Abräume hin, die Freeport in den Fluss Aghawagon kippt. Die Abräume gefährdeten in besonderer Weise die Biodiversität rund um die Grasberg-Mine, hieß es. Es sei nicht davon auszugehen, dass das Minen-Management über eine umweltschonendere Beseitigung der Abräume nachdenke, so der schwedische Ethikrat weiter.

(<http://ens-newswire.com/2013/10/18/swedish-pension-funds-divest-freeport-mcmoran-holdings/>)

## Jugend und Gewalt

**Timor-Leste:** Die Themen Gewalt, organisierte Kriminalität und *Martial Arts*-Gruppen sind in den vergangenen Monaten vermehrt in den medialen Fokus gerückt. Auslöser dafür sind die tödlichen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen und ein neu verabschiedetes Gesetz, das drei dieser Gruppen verbietet.

In Osttimor gibt es rund 15 bis 20 *Martial Arts*-Gruppen, die insgesamt 20.000 registrierte Mitglieder haben. *Martial Arts-Gruppen* zeichnet das Praktizieren von Kampfsport wie Karate oder Pencak Silat aus, doch nicht immer beschränkt sich die Ausübung des Sports auf die Trainingszeiten. Gewalttätige Angriffe und Straßenkämpfe zwischen rivalisierenden Grup-

pen, die auch Steinwürfe, Macheten und traditionelle Pfeile (Rama Ambon, mit Steinschleudern geschossen) beinhalten, haben in diesem Jahr mehrere Opfer gefordert. Die größte *Martial Arts*-Gruppe ist „Persaudaraan Setia Hati Terate“ (PSHT) und zu ihren größten Rivalen zählen die Gruppen „KORK“, „Kera Sakti“ sowie „Seven-Seven“. Häufig gibt es offizielle oder inoffizielle Verbindungen von *Martial Arts*-Gruppen zu politischen Parteien und Mitgliedern der Polizei.

In den letzten zwei Jahren wurden mindestens 12 Personen getötet und mehr als 200 Menschen in Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Gruppen verletzt.

Im Jahr 2013 haben sich die Vorfälle gehäuft. In der Nacht vom 6. Februar 2013 attackierte eine Gruppe verschiedene Häuser und Personen in Samalete, Ermera, wobei ein Angreifer und drei attackierte Personen starben. Die Polizei nahm darauf 34 Verdächtige fest. Im Mai 2013 gab es drei Kämpfe zwischen *Martial Arts*-Gruppen, bei denen es in der Hauptstadt Dili zu Sachschäden und schweren Kopfverletzungen einer Person durch Stiche kam. Zwei Monate später kam es in Baucau zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen „Kera Sakti“ und „PSHT“, als Mitglieder von „Kera Sakti“ die Leiche eines Mitglieds, das im indonesischen Malang in einem Kampf zwischen rivalisierenden Gruppen starb, transportierten. Während der Konvoi durch die Straßen zog, kam es zu Steinwürfen und Schüssen mit Pfeilen. Medialen Aufruhr gab es erneut im Oktober, als Osttimoresen die Kämpfe erneut im Ausland austrugen und somit das öffentliche Ansehen des Landes befleckten. Am 8. Oktober 2013 wurden in Indonesien zwei junge osttimoresische Jugendliche (22 und 24 Jahre), die in Surabaya studier-

ten, von einer Gruppe von sieben anderen Osttimoresen in einem Kampf getötet. Bei dem Opfer namens Ismemio Boy handelte es sich um ein bekanntes Mitglied einer *Martial Arts*-Gruppe und Rache ist als Motiv nicht ausgeschlossen. Die indonesische Polizei nahm in Jakarta vier Verdächtige (23, 25, 30 und 31 Jahre alt) fest und überführte die Leichen zurück nach Osttimor.

Im September 2013 gab es einen offiziellen Aufruf, dass Polizisten ihre Mitgliedschaft in *Martial Arts*-Gruppen sofort beenden müssten und ein Verbot dreier Gruppen wurde am 10. Juli 2013 in Kraft gesetzt. In der dazugehörigen Presseerklärung heißt es: "(...) the government (...) determined the extinction of the *Martial Arts* groups designated by PSHT, KORK, and KERAK SAKTI with a total ban on any martial arts activity of their members".

Bereits im Jahr 2011 verhängte die Regierung aufgrund der häufigen gewalttätigen Auseinandersetzungen ein einjähriges Verbot, das die Ausübung und Training von *Martial Arts* und Rekrutierung in eben solche Gruppen verbot. Die Wirksamkeit des Verbots wird jedoch unterschiedlich effektiv eingeschätzt. (Artikel von Janina Pawelz, DOTG)

[Anmerkung der Redaktion: Einen ausführlichen Bericht zu diesem Thema gibt es im Newsletter 2/2013 der Deutschen Osttimor Gesellschaft, [www.osttimor.de](http://www.osttimor.de)]

## Sprachdebatte in Osttimor

**Timor-Leste:** Die Aussagen des Bildungsministers über Portugiesischunterricht in Schulen entfachten eine Diskussion über Sprachkultur und Lehrpläne in Osttimor. Schon seit der Unabhängigkeit Osttimors im Jahr 2002 gibt es teilweise Debatten, in welcher/welchen Sprache(n) im Schulunterricht gelehrt werden soll(en). Nachdem Bildungsminister Bendito dos Santos jüngst da-

rauf beharrte, Portugiesisch als eine entscheidende Unterrichtssprache beizubehalten, zeigt sich auf der Internet-Informations-Plattform „East Timor and Indonesia Action Network (ETAN)“, wie tiefgreifend das Thema im In- und teilweise sogar im Ausland für Gesprächsstoff sorgt.

Grundlage der Debatte ist die Diversität der in Osttimor gesprochenen Sprachen. Die beiden offiziellen Sprachen sind das lokale Tetum und das seit der Kolonialzeit eingeführte Portugiesisch. Während Tetum fast überall im Land gesprochen und verstanden wird, ist Portugiesisch, das im Vergleich deutlich weniger alltagsnah ist, die dominante Sprache in der Politik und der staatlichen Administration. Neben Tetum sind eine Vielzahl weiterer Lokalsprachen, die für viele Osttimoresen Muttersprache sind, als Nationalsprachen deklariert. Darüber hinaus sind Indonesisch, das von mehr Leuten gesprochen und verstanden wird als Portugiesisch, und Englisch offizielle Arbeitssprachen.

In den ersten beiden Schuljahren soll der Unterricht, nach dem Modell der 2010 vorgestellten *Mother Tongue-based Multilingual Education in Timor Leste: National Policy* in der jeweiligen Muttersprache der Kinder stattfinden. Diese auch von Sprachwissenschaftlern(innen) empfohlene Art der Ausbildung ist jedoch problematisch, da Schüler(innen) einer gemeinsamen Klasse oft verschiedene Muttersprachen sprechen. Aus diesem Grund findet der Unterricht meistens auf Tetum statt. Während die Akzeptanz von Englisch und Indonesisch, die erst in hohen Klassenstufen gelehrt werden, relativ groß ist, wird das ab dem dritten Schuljahr eingeführte Portugiesisch von vielen Osttimoresen kritisch gesehen. Lehrkräfte müssen es oft selbst noch erlernen, bevor sie es unterrichten – dass das in der Praxis wenig fruchtbar ist, scheint die Aussage *“Of what I have learned in the past seven years, I can remember only little”* eines lokalen Lehrers zu bestätigen. Zudem scheint Portugiesisch, wie die

Diskussionen auf ETAN zeigen, bei vielen Osttimoresen als „*Sprache der Eliten*“ verpönt zu sein. Trotzdem beharrt Bildungsminister dos Santos auf der Erhaltung des frühen Portugiesischunterrichtes in Schulen. Als Mitglied der Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Länder (CPLP) verspricht man sich in Politik und Wirtschaft nämlich *„support from Europe through Portugal, can connect with Latin America through Brazil and with Africa through Mozambique“*, wie ein Mitarbeiter des Bildungsministeriums erklärt.

Die Frage nach Unterrichtssprachen spiegelt also auch ein Politikum wieder. Außerhalb der Politik hört man sogar Stimmen, die ausgehend von der Debatte um Lehrpläne ein Referendum über eine Neufestlegung der Nationalsprachen fordern. Die Bevölkerung scheint dabei besonders die Lokalsprachen einschließlich Tetum als wichtiges Zeichen nationaler Identität und Alleinstellungsmerkmal zu bevorzugen. Das von dieser Seite als weniger wichtig betrachtete Portugiesisch soll, geht es nach der Politik, jedoch auch weiterhin in seiner Dominanz erhalten bleiben. Auf ETAN wurden beide Positionen jüngst sehr emotional und teilweise unsachlich vertreten, was darauf hinweist, dass das Thema auch in Zukunft noch für Zündstoff sorgen wird. (Artikel von Matthias Schwarz, Praktikant am GIGA Hamburg. Quellen:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Sprachen\\_Osttimors](http://de.wikipedia.org/wiki/Sprachen_Osttimors),  
<http://de.scribd.com/doc/49147952/MOTHER-TONGUE-BASED-MULTILINGUAL-EDUCATION-FOR-TIMOR-LESTE-NATIONAL%2%A0POLICY>,  
[http://ktlweb.files.wordpress.com/2010/02/cil\\_p\\_ktl\\_091.pdf](http://ktlweb.files.wordpress.com/2010/02/cil_p_ktl_091.pdf),  
<https://lists.riseup.net/www/arc/east-timor/2013-11/msg00077.html>,  
 Kerry Taylor-Leech (2013) *Finding space for non-dominant languages in education: language policy and medium of instruction in Timor-Leste 2000–2012*, *Current Issues in Language Planning*, 14:1, 109-126)

## AUSTRALIEN

### Ergebnisse der Parlamentswahlen

Die Wahlen zum 44. australischen Parlament fanden am 7. September statt. Gewählt wurden die 150 Mitglieder des Repräsentantenhauses sowie 40 der 76 Mitglieder des Senats. Es bestand Wahlpflicht bei den 14,7 Millionen wahlberechtigten Bürgern.

Mit 90 der 150 Sitze im Unterhaus konnte das konservative Bündnis der liberalen und nationalen Partei die absolute Mehrheit mit 53,45 % gewinnen. Die bislang regierende Partei *Labour* unter Premierminister Kevin Rudd kam auf lediglich 46,55 % und damit 55 Sitze. Rudd musste als Folge des Wahlergebnisses den Posten des Premierministers an seinen Herausforderer Anthony John Abbot abtreten. Dessen Liberal Party errang 58 Sitze im Unterhaus.

Der 55-jährige „Tony“ Abbot ist auch in seiner eigenen Partei nicht unumstritten. In seinen sechs Jahren in der Opposition erwarb er sich den Ruf eines polarisierenden Hardliners. Kritisiert wurde auch sein veraltetes Bild von der Rolle der Frau. Abbots konservative Linie im Blick auf Frauen bestätigte sich bei der Ernennung seines Kabinetts: Von 19 Ministerämtern wurde nur das Außenministerium an Julie Bishop vergeben, alle anderen Ministerämter haben Männer inne. Zum Vizepremierminister und Minister für Infrastruktur wurde der Parteivorsitzende der Nationalpartei, Warren Truss, ernannt.

Wie umstritten Abbot ist, zeigt sich auch in seinem Spitznamen „Mad Monk“ (dt. verrückter Mönch) - eine Anspielung auf sein oft übertrieben aggressives Auftreten und die Tatsache, dass sich Abbott einmal als Priesteranwärter versucht hatte.

Im rund fünfwöchigen Wahlkampf hatte Abbot mit massiver medialer Unterstützung des Medientycoons Rupert Murdoch einen harten



Sparkurs seiner neuen Regierung angekündigt, gleichzeitig aber versucht, die Frauen für sich einzunehmen, in dem er Müttern eine gut bezahlte Elternzeit anbot. Außerdem hatte Abbot angekündigt, im Falle seines Wahlsieges die erst im letzten Jahr eingeführte CO<sub>2</sub>-Steuer für große Umweltverschmutzer wie Kraftwerke und Fabriken wieder rückgängig machen zu wollen. Viele Australier erhoffen sich davon eine Verringerung der Strompreise.

Für Kritik schon im Vorfeld der Wahl sorgte Abbots erzkonservative Meinung bezüglich der Legalisierung so genannter „Homo-Ehen“. Ganz aktuell geht die Regierung vor dem höchsten Gericht des Staates gegen ein lokales Gesetz zur Legalisierung von Homo-Ehen vor. Vor dem *High Court* in der australischen Hauptstadt Canberra fand Ende Oktober eine erste Anhörung statt. Die Regierung unter Premierminister Tony Abbott argumentiert, dass die nationalen Gesetze über denen der Bundesstaaten stehen. Die nationalen Gesetze erlauben keine gleichgeschlechtlichen Ehen. Die Lokalregierung im Regierungsbezirk *Australian Capital Territory* hatte jedoch Homo-Ehen als erste in Australien Mitte Oktober legalisiert.

Mitte November, zwei Monate nach der für ihn gescheiterten Wahl, verkündigte Ex-Premier Kevin Rudd im Parlament seinen kompletten Rückzug aus der Politik. Der 56-jährige Sozialdemokrat sagte unter Tränen, er habe sich diesen Schritt lange überlegt und sich entschlossen, zugunsten der Familie aus der Parteipolitik auszuschneiden. Die Familie habe in seiner aktiven Laufbahn als Politiker auf ihn verzichten müssen, nun sei es an der Zeit, etwas von diesem Verzicht zurückzugeben. Rudd ist seit 1977 verheiratet und hat drei Kinder. Der studierte Sinologe und Diplomat, der jeweils von Dezember 2007 bis Juni 2010 und von Juni bis September 2013 Premierminister war, hob in seiner Abschiedsrede im Parlament vor allem seine Erfolge bei der Stabilisierung der australischen Wirtschaft hervor. Als besonders erin-

nerenswert bezeichnete er auch die im Februar 2008 im Parlament im Namen der Regierung abgelegten Entschuldigung für das Unrecht an den australischen Ureinwohnern. Das Strahlen auf den Gesichtern junger und alter, städtischer und ländlicher Aborigines an diesem so genannten „Sorry Day“ gehöre für ihn zu einem der großen Momente in der australischen Gegenwartsgeschichte, so Rudd, dessen Abschlussrede mit stehenden Ovationen gefeiert wurde. (*CIA World Fact Book, Wikipedia, Handelsblatt online, FAZ 09.09.13, Flash d'Océanie 17.09.13, 14.11.13, http://elections.uwa.edu.au/*)

## Korruption in Australien

Die Antikorruptionsorganisation *Transparency International* hat auf ihrer Website die Ergebnisse des *Globalen Korruptionsbarometers 2013* veröffentlicht. Die Studie untersucht, für wie korrupt einzelne Bereiche einer Gesellschaft wahrgenommen werden. Dabei gibt sie die Meinung von Befragten zu einzelnen Sektoren wieder.

58 % der befragten Australier gaben an, sie hielten politische Parteien für extrem korrupt. Ebenfalls 58 % halten die Medien für korrupt. Immerhin 36 % der Befragten halten Parlamentarier für bestechlich. 25 % gehen davon aus, dass Angehörige des Militärs bestechlich sind. 44 % vermuten Bestechlichkeit auch in kirchlichen Organisationen. Relativ gut schneidet dagegen das Bildungswesen ab. Hier rechnen nur 19 % der Interviewten mit der Bestechlichkeit von Amtsinhabern.

Die Teilnehmer an der Umfrage wurden auch nach ihrem persönlichen Umgang mit Bestechungsgeldern befragt. 1 % der Befragten gab an, in den letzten zwei Jahren die Steuerbehörde und städtische Dienste bestochen zu haben. 3 % aller Befragten hatten das Bauamt bestochen und gar 5 % aller Interviewten gaben zu, die Justiz bestochen zu haben.

*Info: Transparency International* ist eine gemeinnützige, parteipolitisch unabhängige Bewegung von

Menschen, die sich dem globalen Kampf gegen Korruption verschrieben haben. Die 1993 in London und Berlin gegründete Nichtregierungsorganisation unterteilt sich in nationale Sektionen, die in 90 Ländern eigenständig tätig sind.

Beim diesjährigen „*Global Corruption Barometer*“ wurden 114.000 Menschen in 107 Staaten nach ihren persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen mit Korruption befragt. Abgefragt wurde bei der Umfrage auch die Bereitschaft, sich aktiv gegen Korruption einzusetzen. (<http://transparency.org/gcb2013>, <http://transparency.org/gcb2013/country/?country=australia>, *Australien-Newsletter 08.09.13*)

## AAP schließt Büro in PNG

Nach über 60-jähriger Berichterstattung aus Papua-Neuguinea hat das Pressebüro der australischen Nachrichtenagentur *Australian Associated Press* (AAP) zum 31. Oktober des Jahres geschlossen. Zu diesem Termin lief der Dreijahresvertrag mit dem in Port Moresby ansässigen australischen Auslandskorrespondenten der AAP aus. Das nahm Redaktionsleiter Tony Gillies zum Anlass, das Pressebüro in der neuguineischen Hauptstadt zu schließen. Veränderte Bedingungen und Sparmaßnahmen zwängen ihn zu diesem Schritt, so Gillies. Man werde aber weiter über Papua-Neuguinea berichten. Dazu sollten vor Ort freie Mitarbeitende und Fotografen auf Honorarbasis angestellt werden, so Gillies. Außerdem werde man regelmäßig AAP-Angestellte auf Dienstreise nach Papua-Neuguinea entsenden, um dort für Reportagen und Berichte zu recherchieren. (*Radio NZ Intern. 31.10.13, http://news.ninemsn.com.au/national/2013/10/31/13/19/aap-closes-chapter-on-60-years-in-png*)

## † Prof. Helen Hughes

Bereits am 15. Juni 2013 verstarb die 84-jährige Helen Hughes, emeritierte Professorin an der *Australian National University*

(ANU) und Wissenschaftlerin am *Centre for Independent Studies* in Sydney. Hughes wurde 1928 in Prag geboren und wanderte 1939 mit ihrer jüdischen Familie nach Melbourne aus. Sie studierte Volkswirtschaft in Melbourne und an der *London School of Economics*, wo sie 1954 habilitiert wurde. Zunächst arbeitete sie im Auftrag des australischen Außenministeriums zum Thema Entwicklungshilfe, später wurde sie Professorin am Lehrstuhl für Entwicklungshilfestudien an der ANU. Von 1968 bis 1983 beriet sie die Weltbank im Bereich der Entwicklungshilfe. Im Verlauf ihrer Karriere interessierte sich Hughes immer stärker für die Volkswirtschaften in den pazifischen Inselstaaten und veröffentlichte zahlreiche Aufsätze und Bücher zu diesem Thema. In ihrem letzten Buch, dem 2007 erschienenen Werk *„Land of Shames“*, widmete sie sich ganz den Landrechten der Aborigines und Torres Strait Islander.

Helen Hughes gilt als die einflussreichste Volkswirtin Australiens. 2005 wurde sie von der australischen Tageszeitung *„Sydney Morning Herald“* zu den 100 einflussreichsten Intellektuellen in Australien gewählt. Für ihren Beitrag zur Verbesserung internationaler Beziehungen wurde sie im Jahr 1985 zum Mitglied des *„Order of Australia“* ernannt und im Jahr 2001 mit der *„Centennial Medal“* für ihren Einsatz zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern geehrt. (*Radio Australia* 20.06.13, *Sydney Morning Herald* 21.06.13, *Wikipedia*)

### Soldat trifft britische Königin

Der australische Stabsunteroffizier Daniel Alan Keighran ist für seine Verdienste im Afghanistan-Einsatz mit einer Privat-Audienz bei der britischen Königin Elisabeth II. belohnt worden. Bereits im letzten Jahr war der 30-jährige Soldat mit der höchsten Auszeichnung Australiens, dem so genannten *Victoria Cross*, geehrt worden. Bisher haben nur drei australische Soldaten das *Victoria Cross* erhalten,

mit Keighran nun erstmals ein Mitglied des *Royal Australian Regiment*. Die Träger dieser Auszeichnung tragen ein VC hinter ihrem Nachnamen.

Keighran erhielt das Viktoriakreuz für seinen selbstlosen Einsatz während der „Battle of Derapet“ am 24. August 2010 in Afghanistan. Bei diesem mehrstündigen schweren Schusswechsel zwischen Militärs und Taliban hatte er sich u.a. unter Einsatz des eigenen Lebens in die Schusslinie der Taliban begeben, um von seinem schwer verletzten (später verstorbenen) Kameraden abzulenken, der am Boden von anderen Soldaten erstversorgt wurde.

Keighran hat seine aktive berufliche Laufbahn im Militär inzwischen beendet. Er ist Reservist im *Royal Western Australian Regiment* und arbeitet im zivilen Leben in der Frog's Leg Gold Mine in Kalgoorlie (Western Australia).

Die Privat-Audienz bei der Queen fand hinter verschlossenen Türen statt. Keighran wurde dabei von seiner Frau Kathryn begleitet. Er sagte Medienvertretern später, er habe sich sehr wohl gefühlt und sei erstaunt darüber, wie gut die Queen über Australien und den Einsatz der australischen Armee in Afghanistan Bescheid wisse.

(*Radio Australia* 07.11.13, [http://www.defence.gov.au/special\\_events/keighran/](http://www.defence.gov.au/special_events/keighran/), *Wikipedia*)

### Oktoberfest im Outback

Vom 4. bis zum 6. Oktober fand im Outback des australischen Bundesstaates Queensland das entlegenste Oktoberfest der Welt statt. Ganz nach bayerischem Vorbild wurde in dem knapp 100 Einwohner zählenden Dorf Jundah bei Blasmusik, traditionellen Trachtenumzügen, deutschem Erdinger-Bier und Bratwürstchen gefeiert.

Das im Jahr 2010 auf einer Bürgerversammlung einstimmig beschlossene Oktoberfest beschäftigt alle Einwohner des Ortes. Alle kleiden sich in (vom örtlichen Hotel ausgeliehener) bayerischer

Tracht mit Lederhosen und Dirndl, die Straßennamen tragen für den Zeitraum des Festes deutsche Bezeichnungen und der Schulleiter der Grundschule übt mit den Kindern deutsche Volkslieder ein. Im einzigen Pub des Ortes werden eigens deutsche Rucksacktouristen als Bedienung angeheuert. Neben Auftritten von Schuhplattlern findet auch ein Seifenkistenrennen (das „Push Pull & Pedal Billy Cart Bash“) statt.

*Info:* Das Dorf Jundah mit seinen rund 100 Einwohnern ist das administrative Zentrum des Distriktes Barcoo und die größte „Stadt“ in dieser Grafschaft rund 1.200 Kilometer westlich von Queensland. Vier Jahre nach seinem Debüt hat sich das „Oktoberfest“ zu einem Highlight in der früher durch Opalminen geprägten Region entwickelt. Nach Schließung der Opalminen vor etwa 20 Jahren sind die Bewohner des Distrikts zu Schaf- und Rinderzucht übergegangen.

(<http://www.petroject.net/euroband/outback.htm>, *Australien Newsletter* 19.09.13)

## SPORT

### Workshop zu „Frauen im Sport“

**Tonga:** Vom 29. bis zum 31. Oktober fand in der tongaischen Hauptstadt Nuku'alofa erstmals ein Workshop zum Thema „Women and Sport in Oceania“ statt. Der dreitägige Workshop im *Fa'anelua Convention Centre* fand im Rahmen der vierten Fortbildung für Frauen in Führungspositionen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) statt. An diesem Training nahmen 40 Delegierte aus 16 pazifischen Inselstaaten teil, darunter auch Anita DeFrantz, Mitglied des IOC-Vorstands und Vorsitzende der *Abteilung für Frauen und Sport* beim IOC, sowie Helen Brownlee, die Vorsitzende der *IOC-Abteilung Ozeanien im Sport* und Vize-Präsidentin des australischen IOC-Komitees.

In dem von der tongaischen Kronprinzessin Sinaitakala Tuku'aho eröffneten Workshop ging es um strategische Planungen, wie der Anteil pazifischer Frauen in Führungspositionen im IOC und anderen Sportverbänden gestärkt werden kann. Während im IOC bereits 24 von 115 Mitgliedern Frauen sind, sieht es an der Basis noch anders aus. Gerade in den nationalen Sportverbänden und in den nationalen pazifischen IOC-Komitees mangelt es an weiblichen Führungskräften. Immerhin sei es gelungen, die Frauenquote in der aktiven Sportlerschaft zu steigern. So seien bei den letzten Olympischen Spielen im Sommer 2012 in London 44 % Frauen an den Start gegangen, so viele wie nie zuvor, erklärte Brownlee.

Bei dem von der *Tonga Women in Sports Commission* in Zusammenarbeit mit dem IOC durchgeführten Workshop wurde vereinbart, noch mehr junge Frauen in die Verbandsarbeit einzubinden und auch die aktiven Sportlerinnen aus Ozeanien besser zu unterstützen. (*Matangi Tonga* 30.10.13, <http://www.olympic.org/ioc>)

## Ergebnisse der Mini-Olympiade

**Wallis und Futuna:** Unumstrittener Sieger der neunten Mini-Olympischen Spiele ist Papua-Neuguinea. Seine Sportler errangen insgesamt 86 Medaillen: 30 Goldmedaillen, 26 Silbermedaillen und 30 Bronzemedaillen. Auf Platz zwei der Rangliste folgt Französisch-Polynesien mit 29 Goldmedaillen, 9 silbernen und 5 bronzenen. Auf Platz drei kam Neukaledonien mit 35 Medaillen (21:9:5).

Die so genannte „Mini-Olympiade“ des Pazifiks fand vom 2. bis zum 12. September im französischen Überseegebiet Wallis und Futuna statt. Sportler aus 20 Pazifikstaaten maßen sich in acht Disziplinen an vier verschiedenen Wettkampforten auf beiden Inseln. Neben den klassischen olympischen Disziplinen wie Leichtathletik und Segeln standen auch „typisch pa-

zifische“ Sportarten wie 7er Rugby und das Paddeln mit dem Auslegerkanu auf dem Wettkampflplan.

Eröffnet hatte das Sportgroßeignis der für die französischen Überseegebiete zuständige Ministerin Victorin Lurel.

Die Mini-Olympiade findet seit 1963 (Fidschi) alle vier Jahre in einem anderen pazifischen Land statt. Im Jahr 2017 ist Vanuatu Gastgeber für die Sportler aus dem Pazifik. Bis dahin soll geklärt werden, ob auch Sportler aus den pazifischen Anrainerstaaten Australien und Neuseeland an den Wettkämpfen teilnehmen dürfen. Beide Staaten sind bis dato von der Mini-Olympiade ausgeschlossen aus Furcht, dass alle Medaillen von Sportlern aus diesen Staaten errungen werden könnten. Kritiker befürchten auch, dass das Sportniveau durch die Teilnahme australischer und neuseeländischer Sportler zu sehr ansteigt, so dass mittelmäßige pazifische Sportler von einer Teilnahme abgeschreckt würden. Da Papua-Neuguinea im Jahr 2015 die großen Olympischen Spiele des Pazifiks (*South Pacific Games*) in Port Moresby ausrichten wird, hat die Regierung die ausrichtende Organisation, das Sekretariat der *South Pacific Community*, gebeten, über die Teilnahme von Australien und Neuseeland zu entscheiden.

(*Flash d'Océanie* 13.09.13, <http://www.wf2013.wf/index.php/en/mini-games-wf2013>)

## † Peter Fatialofa

**Samoa:** Der ehemalige Kapitän der samoanischen Rugby-Nationalmannschaft „Manu Samoa“, Peter Fatialofa (Spitzname: Fats), ist am 6. November verstorben. Er erlitt im Alter von 54 Jahren vor einem Supermarkt in einem Außenbezirk von Apia einen Herzinfarkt.

Der am 26. April 1959 in Samoa geborene Fatialofa wuchs zunächst in Neuseeland auf. In den 1980er Jahren spielte er erfolgreich in Auckland Rugby. Später kehrte er nach Samoa zurück, wo

er von 1988 bis 1996 an 34 Spielen teilnahm. 1989 übernahm er das Amt des Nationaltrainers für „Manu Samoa“ und führte die Mannschaft 1991 zu ihrem Debüt im Worldcup. Sensationell hatte damals der Rugby-Neuling Samoa in Cardiff die Mannschaft aus Wales mit 16 zu 13 Punkten geschlagen und sich für das Viertelfinale qualifiziert. Hier unterlag Samoa mit 6:28 dem Gegner Schottland.

Nach der erfolgreichen Teilnahme am Weltcup 1991 hatte das samoanische Staatsoberhaupt den hochrangigen *Matai*-Titel „Papa'i'itele“ an Fatialofa übertragen. 1996 erhielt „Fats“ für seine Verdienste um das samoanische Rugby den neuseeländischen Verdienstorden. In diesem Jahr hatte er auch seine Rugby-Karriere mit einem letzten Spiel gegen Fidschi offiziell beendet und war in das Möbel- und Klaviergeschäft seiner Familie eingestiegen.

Fatialofa hinterlässt seine in Auckland lebende Frau Anne und acht Kinder. (*Talamua* 06.11.13, *Stuff.co.Nz* 06.11.13, *Pacific Beat* 07.11.13)

## Premierminister ruft zu gutem Benehmen auf

**Samoa:** Der samoanische Premierminister Tuilaepa Sa'ilele Malielegaoi hat die samoanischen Saisonarbeiter in Neuseeland und Australien vor schlechtem Betragen gewarnt. Der Premier beklagte einige Taten wie Vandalismus, Trunkenheit und Gewalt gegen Frauen, die in der Vergangenheit von Saisonarbeitern im Rahmen des *Seasonal Workers' Scheme* in Neuseeland und Australien begangen worden seien. Ab sofort würde das Verhalten jedes Einzelnen auf die ganze samoanische Dorfgemeinschaft des Übeltäters übertragen, erklärte der Premier. Wenn sich ein Saisonarbeiter aus einem bestimmten Dorf im Rahmen seiner Tätigkeit im Ausland danebenbenähme, wären zukünftig alle Dorfbewohner von Sanktionen betroffen. Als erste Maßnahme würde das ganze Dorf

aus dem *Seasonal Workers' Scheme* (SWS) herausgenommen. Konkret bedeutet dies, dass kein Bewohner aus dem Dorf des Täters mehr eine Chance hätte, sich zur Teilnahme am SWS zu melden.

Der Premier verschärfte als zweite Maßnahme das Auswahlverfahren. Es werde ab sofort der Charakter des Bewerbers überprüft. Man könne es sich nicht leisten, Samoas guten Ruf im Ausland durch schlechtes Benehmen einiger weniger Saisonarbeiter zu gefährden, sagte Premier Malielegaoi.

*Info:* Im letztjährigen Abschlussbericht des SWS sprachen neuseeländische und australische Arbeitgeber rund 55 % der pazifischen Saisonarbeiter Bestnoten über ihre Arbeitsleistungen aus: „*excellent - all hit the ground running*“. Immerhin 43 % der Arbeiter wurde ein gutes Zeugnis ausgestellt: „*good - most needed very little training*.“ Allerdings bescheinigt der Bericht den pazifischen Saisonarbeitern auch Probleme beim Sozialverhalten in der Gruppe. 27 % aller pazifischen Arbeiter seien durch starken Alkoholkonsum auffällig geworden und hätten „*socially disruptive behaviour*“ an den Tag gelegt, heißt es in dem Bericht.

Zwischen 2007 und 2012 haben 39.000 Saisonarbeiter aus pazifischen Inselstaaten in Neuseeland und Australien am Saisonarbeiter-Programm teilgenommen, viele von ihnen über mehrere Jahre hinweg. (*Samoa Observer* 23.09.13)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Längenbegrenzung aufgehoben

**Hawai'i:** Zum Jahreswechsel hebt der US-Bundesstaat Hawai'i die Längenbegrenzung von Namen auf Personalausweisen auf. Fortan sollen je 40 Buchstaben für Vor- und Nachnamen reserviert

werden, 35 für den mittleren Namen und fünf für jeden Namenszusatz.

Grund für die Änderung ist die erfolgreiche Klage von Janice Keihanaikukauakahihuliheekahaunaele. Die als Janice Worth geborene Amerikanerin hatte 1992 den Hawaiianer Keihanaikukauakahihuliheekahaunaele geheiratet und seinen aus 36 Buchstaben bestehenden Nachnamen angenommen, wie in den Staaten üblich. Janice neuer Nachname passte nicht auf die amtlichen Papiere von Behörden, er endete stets nach 35 Buchstaben vor dem letzten E. Als sie in diesem Jahr ihren Ausweis verlängern wollte und man ihr mit der Begründung, dass ihr Ehemann ja inzwischen verstorben sei, vorschlug, der bürokratischen Einfachheit halber wieder ihren Mädchennamen anzunehmen, ging die engagierte Frau an die Presse und wandte sich mit der Bitte um Unterstützung an die Öffentlichkeit. Der daraufhin einsetzende Medienrummel auch im Internet veranlasste die amerikanische Meldebehörde nun, ab Januar 2014 auf Längenbegrenzungen in Ausweispapieren zu verzichten. (*Spiegel online* 13.09.13, *Huffington Post* 16.09.13)

### Preis für Politik-Veteran aus Tonga

**Tonga:** Samuela 'Akilisi Pohiva, bürgerlicher Abgeordneter für den Wahlkreis Tongatapu, ist diesjähriger Preisträger des „Defender of Democracy Award“ (Verteidiger der Demokratie) der *Parliamentarians for Global Action* (PGA). Die Preisverleihung erfolgt im Rahmen der Mitgliederversammlung der PGA vom 9. auf den 10. Dezember des Jahres in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota.

*Info:* Der Parlamentsabgeordnete Pohiva ist der am längsten amtierende Parlamentarier in Tonga. Seit 1987 sitzt der ehemalige Grundschullehrer im Parlament. Er ist Gründungsmitglied der pro-demokratischen Partei *Human Rights and Democracy Movement*. 2010 gründete er aus Unzufriedenheit über die Entwicklung

dieser Partei die *Democratic Party of the Friendly Islands*, deren Parteivorsitzender er ist. Nach einigen Gefängnisaufenthalten u.a. wegen seiner Kritik an undemokratischen Entscheidungen der Regierung folgte 2011 eine kurze Zeit als Gesundheitsminister. Dieses Ministeramt gab er aus Protest gegen Entscheidungen des Kabinetts nach wenigen Monaten zurück und gilt seitdem als Oppositionsführer, obwohl es in Tongas Parlament offiziell keine Opposition gibt.

*Info:* Die *Parliamentarians for Global Action* (PGA) sind eine partei-übergreifende Nichtregierungsorganisation, zu der rund 1.000 Parlamentsabgeordnete in 130 Parlamenten weltweit gehören. Sie setzen sich seit 1978 innerhalb des Kreises der Parlamentarier für den Frieden, Recht und Gesetz, Menschenrechte und eine nachhaltige Entwicklung ein. Dabei gehen sie davon aus, dass diese Ziele nur durch die Zusammenarbeit vieler Regierungen verwirklicht werden können und dass Parlamentarier entscheidende Befugnisse bei der Durchsetzung von Maßnahmen zur Friedensstabilisierung und zur „good governance“ haben. Die PGA haben Mitglieder in folgenden pazifischen Ländern: Australien, Cookinseln, Kiribati, Mikronesien, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Tonga, Tuvalu und Vanuatu. (<http://www.pgaction.org>, <http://parliament.gov.to/index.php/members/people-representatives>, *Matangi Tonga* 24.10.13)

### Surf-Spende aus Australien

**Papua-Neuguinea:** Australische Surfer aus den Bundesstaaten Victoria, New South Wales und Queensland haben 140 Surfbretter sowie Surf-Zubehör nach Papua-Neuguinea gespendet. Die Materialien wurden von dem australischen Surfer Marty Brown persönlich nach Tapiru in der Provinz Madang gebracht und dort an Andrew Abel, den Vorsitzenden der neuguineischen Surfervereinigung *Surfing Association of PNG*, übergeben.

Dieser Sportverband setzt sich seit 26 Jahren für die Verbesserung des Surf-Tourismus in PNG ein. Auf seiner Homepage hat der Verband detailliert die Orte beschrieben, an denen das Surfen erlaubt ist. Mit Hilfe seines „Surf Management Plans“ versucht die Vereinigung auch, umweltverträglichen Surftourismus anzubieten und traditionellen Landeignern Einkommensmöglichkeiten zu verschaffen. (*Radio Australia* 14.11.13, <http://www.sapng.com/>)

## Pazifischer Gin

**Neuseeland:** Das in Auckland ansässige Familienunternehmen *Colonial Commodities Ltd.* plant den Export des ersten pazifischen Gins nach China und Japan. Bisher ist der „*Vaione - Premium Pacific Gin*“ nur in Neuseeland, Niue, Vanuatu und Rarotonga erhältlich. „Erfinder“ des nach Zitrone schmeckenden Gins ist der aus Niue stammende John Sexton, dessen Eltern nach Neuseeland ausgewandert und der seine ersten Destillierversuche in einer Autogarage in Auckland unternahm. Sexton erklärte, er habe sich bei der Herstellung des Gins an seiner Heimat Niue orientiert. So ist einerseits die Flasche mit traditioneller Ornamentik aus Niue versehen, andererseits verzichtet der Ginhersteller auf Zusatzstoffe wie Zucker. Der Gin schmeckt durch die Zugabe des auf Niue und anderen pazifischen Inseln vorkommenden Limonensaftes herb-säuerlich.

Der Sohn von Firmengründer Sexton, Anthony Sexton, erklärte, man habe die Destille eigentlich nach Niue verlegen wollen, sei aber an den hohen Exportkosten gescheitert.

Nach den Erfolgen des „pazifischen Gins“ bei diversen Wettbewerben in Neuseeland plant Anthony Sexton nun den Export von Vaione nach Asien. Pazifische Produkte seien auf dem südostasiatischen Markt begehrt, da man sie mit der „Südsee-Exotik“ bewerben könne, so der Geschäftsführer von *Colonial Commodities*. (*Radio NZ. Intern.* 14.10.13, <http://vaione.com/>)

## Jubiläumsbier gebraut

Die samoanische Brauerei *Vailima Breweries* in Apia hat anlässlich ihres 35-jährigen Bestehens ein neues Bier gebraut: Das „*Vailima Natural*“ wurde aus dem Mehl der in Samoa heimischen Brotfrucht gebraut und erstmals im Rahmen der Jubiläumsfeier Mitte Oktober im *Hotel Orator* ausgeschenkt. Das Rezept für das neue Bier wurde mit Hilfe der *Scientific Research Organization of Samoa* entwickelt. Bei „*Vailima Natural*“ wird ein Teil des zum Bierbrauen nötigen Malz mit 12 % Brotfrucht-Extrakt ersetzt. Das Bier schmeckt daher leicht süßlich. Ein Brauereisprecher erklärte, der Vorteil der neuen Sorte sei, dass man diese kostengünstiger herstellen könne. Brotfrucht wachse in Samoa und müsse deshalb im Gegensatz zu Malz nicht eigens importiert werden. Aus der Brotfrucht lasse sich genauso wie aus Gerste ein Malz-Extrakt herstellen.

*Info:* Die nach einem einheimischen Dorf benannte Brauerei wurde 1978 gegründet. Die damalige samoanische Regierung wollte eine in-seleigene Brauerei gründen und fand in der deutschen Brauerei *Brauhaus* einen Partner. *Vailima* braut sein Lager-Bier immer noch nach dem deutschen Reinheitsgebot. Die Brauerei stellt zwei Sorten Bier her: Ein helles, untergäriges Lagerbier mit knapp 6 % und ein Export-Bier mit etwa 8 % Alkohol. Die Zutaten Hopfen, Malz und Hefe kommen aus Australien. Pro Jahr verlassen 85.000 Hektoliter Bier und 65.000 Hektoliter Softdrinks die vier Kilometer außerhalb von Apia gelegene Brauerei. (*Samoa Observer* 27.10.13, *Savali News* 08.11.13, *Deutschlandfunk* vom 21.09.08)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

### AUS PAPUA-NEUGUINEA

#### ALLGEMEIN

### Neues Staat-Kirchen-Programm

Die nationale Regierung in PNG hat Einzelheiten des neuen Partnerschaftsprogramms zwischen dem Staat und den Kirchen bekannt gegeben. Demnach werden jährlich 50 Mio. Kina (ca. 14,7 Millionen Euro) für kirchliche Gesundheitsdienste und Bildungseinrichtungen bereitgestellt. Die Zuschüsse für einzelne Kirchen werden dabei prozentual gedeckelt gemäß deren prozentualem Anteil an den Gesundheits- und Bildungsdiensten in einer bestimmten Region. Minister Charles Abel betonte die wichtige Rolle der Kirchen beim Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur und der Sicherstellung einer Grundversorgung der Bevölkerung in allen Provinzen des Landes. (*Post Courier* 7.10.13, *National* 10.10.13)

### Millenniumsziele

Der Nationale Kirchenrat hat die Regierung zu einer engeren Zusammenarbeit aufgefordert, um die Millenniumsziele der Vereinten Nationen für PNG zu erreichen. Im Jahr 2000 hatte sich PNG zusammen mit 188 anderen Ländern unter dem Dach der UN den Millenniumszielen verschrieben und zugesichert, diese bis 2015 zu erreichen. Bis zu einem ersten Zwischenbericht im Jahre 2004 war aber noch nicht allzu viel erreicht worden. Der zweite Zwischenbericht wurde indes auf nächstes Jahr verschoben. (*National* 4.11.13)

### „Black Jesus“ gelyncht

Steven Tari, Sektenführer, entfloher Sexualstraftäter und wegen

zweifachen Mordes angeklagt, wurde von wütenden Dorfbewohnern regelrecht hingerichtet, nachdem sie ihn kastriert und mit Buschmessern schwer verletzt hatten. 80 Männer hatten ihn gejagt, nachdem am Tag davor die 15-jährige Rose Wagum von der Sekte als Menschenopfer dargebracht worden war. Ein 14-jähriges Mädchen aus dem Dorf Matepi sollte ebenfalls geopfert werden, was aber durch das Eingreifen des Mobs gerade noch verhindert werden konnte. Vermisst wird weiterhin ein 10-jähriges Mädchen, das vermutlich auch der Sekte zum Opfer gefallen ist. Die Polizei rief die Sektenanhänger auf, sich zu ergeben und ihre Praktiken unverzüglich einzustellen. *(National 2.09.13)*

## ELC-PNG

### Nationale Pfarrkonferenz

Mitte Oktober fand in Kainantu, Provinz Östliches Hochland, die 10. Nationale Pfarrkonferenz der ELC-PNG statt. Finanziell wurde die Konferenz stark vom Gouverneur der Morobe Provinz, Kelly Naru, unterstützt. *(National 3.10.13)*

### Nationale Jugendkonferenz

Robert Atiyafa, Parlamentsabgeordneter des Henganofi Distrikts, unterstrich in seinem Grußwort auf der 16. Nationalen Jugendkonferenz der ELC-PNG, dass Kirche und Staat noch enger als bisher zusammenarbeiten müssten, um die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Aus allen Teilen des Landes waren über 10.000 Delegierte und Gäste angereist, um eine Woche lang gemeinsam zu singen, zu beten, in der Bibel zu lesen und sich mit aktuellen Themen der Jugendarbeit auseinanderzusetzen. *(National 2.10.13)*

### Bischof Wenge ruft zu Einheit auf

„Alle kirchlichen Denominationen sind dazu aufgerufen, eng zu-

sammenzuarbeiten und den Auftrag der Kirche zum Wohl der Menschen zu erfüllen“, sagte Bischof Giegere Wenge zum 127. Jubiläum der Ankunft von Missionar Johann Flierl am 12. Juli 1886. Der Bischof feierte gleichzeitig die Wiedereröffnung der 40 Jahre alten *St. Daniels Lutheran Church* in Wewak und würdigte die enormen Leistungen der ausländischen Missionare, die Papua-Neuguinea zu einer christlichen Nation gemacht hätten. Längst seien aus den ursprünglichen Missionskirchen freie und selbstständige Kirchen geworden, die ihren Beitrag für die Menschen und die gesamte Gesellschaft leisteten. *(National 22.8.13)*

## 14 Frauen in Australien

Eine Delegation von 14 Frauen der Lutherischen Kirche und der United Church besuchte eine internationale Frauenkonferenz in Melbourne, Australien. Unter dem Motto „*Lehre mich Deinen Weg*“ aus Psalm 86,11 diskutierten sie über die Rollen und Aufgaben von Frauen in Kirche und Gesellschaft in der heutigen Zeit. Im Rahmenprogramm besuchte die Gruppe aus PNG auch Opfer von Buschfeuern, Seniorenheime, sowie Frauen- und Kinderheime. *(National 2.10.13)*

## RÖM.-KATH. KIRCHE

### Bischofskonferenz gegen australische Asylpolitik

Die katholische Bischofskonferenz von PNG und den Solomon Islands hat die Asyl- und Flüchtlingspolitik der australischen Regierung scharf kritisiert. Australien wickelt Asylanträge von Bootsflüchtlingspolitik inzwischen in PNG und anderen Anrainerstaaten ab und siedelt sie auch in diesen Ländern an, anstatt in Australien eine neue Bleibe für sie zu finden. PNG sei ohne Zweifel ein Staat, dem das Wohlergehen Bedürftiger und Notleidender am Herzen liege, aber es sei sicherlich nicht in der Lage, eine größere Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden

aufzunehmen, im Gegensatz zum reichen Nachbarn Australien. Grundlegende Menschenrechte müssten auch von Australien im Umgang mit diesen Menschen eingehalten werden, betonte die Bischofskonferenz. *(Pressemeldung der CBC vom 21.07.13)*

## Drei Priester geweiht

Die katholische Kirche in der Milne Bay hat drei Diakone zu Priestern geweiht. In einem feierlichen Gottesdienst mit traditionellen Gesängen und Tänzen wurden Aloysius Seduhey, Nicholas O'omu und John Kubali durch Bischof Rolando Santos in ihr neues Amt eingeführt. *(National 17.10.13)*

## AUS DER ÖKUMENE

### Kiriwina United Church eingeweiht

Es war ein historischer Moment für die Kiriwina Gemeinde in Port Moresby, als Mitte Oktober ihre neue Kirche eingeweiht und eröffnet wurde. In den 1960er Jahren waren Menschen vom Stamm der Kiriwina aus den Trobriand Islands auf der Suche nach Arbeit nach Port Moresby ausgewandert und hatten bald eine eigene Kiriwina Community gegründet. Zunächst waren sie zu Gast bei einer methodistischen Kirche, wo sie sich nach dem Englischsprachigen Gottesdienst zu ihren eigenen Gottesdiensten versammelten. Später wechselten sie zur United Church, wo sie nun nach 49 Jahren ein festes Zuhause für ihren Glauben fanden. *(National 21.10.13)*

### Lehrer engagiert sich für Bibelübersetzung

Eigentlich genießen Lehrer ihre Ferien. John Caspar hingegen nutzt jede freie Minute, um zusammen mit den Bibelübersetzern des *Summer Institute of Linguistics* (SIL) das Neue Testament in seine Muttersprache „Kandawo“ zu übersetzen. Natürlich liest er die Bibel auf Englisch oder Tok

Pisin, aber sie in der eigenen Sprache in Händen zu halten, ist ein ganz besonderes Erlebnis für ihn und er ist stolz und dankbar, daran maßgeblich mitgearbeitet zu haben. (*National 10.10.13*)

## AUS ANDEREN LÄNDERN

### Aufruf zum Dialog

**Fidschi:** Der neue Präsident der Methodistischen Kirche in Fidschi, Rev. Tuikilakila Waqairatu, rief seine Kirche dazu auf, in einen offenen Dialog mit anderen Denominationen, Religionen, ethnischen Gruppen, der Zivilgesellschaft und der Regierung einzutreten. Dies trage dazu bei, das Land aufzubauen, betonte er in seiner Einführungspredigt. (*Pacific Islands Report 26.8.13*)

### Keine Einmischung in die Politik

**Fidschi:** In ihrer neuen Verfassung betont die Methodistische Kirche, dass sie sich nicht in politische Angelegenheiten einmischen und strikt die Trennung von Kirche und Politik wahren werde. Die Kirche war von der Regierung ausdrücklich gewarnt worden, falls sie dieser strikten Trennung nicht zustimmen würde. (*Pacific Islands Report 2.9.13*)

### MP3 Version der Bibel in Marshallesisch

**Marshallinseln:** Eine gedruckte Bibel in Marshallesisch ist nichts Ungewöhnliches. Nun gibt es aber auch eine Hörbuchvariante des Neuen Testaments in dieser lokalen Sprache, die auf Computer, Smartphones u.ä. kostenlos heruntergeladen werden kann: [www.faithcomesbyhearing.com/](http://www.faithcomesbyhearing.com/) (*The Marshall Islands Journal 25.10.13*)

## Tonganerin ist Vize-Präsidentin des ÖRK

**Tonga/Genf:** Als erste Tonganerin wurde Rev. Dr. Mele'ane Pukola von der *Free Wesleyan Church of Tonga* zur Vizepräsidentin des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) gewählt. Sie wurde Nachfolgerin von John Doom, der aus Altersgründen nicht mehr kandidiert hatte. Pukola ist ordinierte Pfarrerin und war über viele Jahre im Bildungsbereich ihrer Kirche tätig. (*Pressemitteilung ÖRK 5.11.13*)

## Keine Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare

**Frz.-Polynesien:** Die protestantische Kirche von Französisch-Polynesien hat sich dagegen ausgesprochen, gleichgeschlechtliche Paare anzuerkennen und widersetzt sich damit geltendem französischem staatlichem Recht. Die pazifische Kirchenkonferenz PCC arbeitet derzeit an einer Handreichung für ihre Mitgliedskirchen, um ihnen theologische Hilfestellungen zu diesem Thema zu geben. (*Radio New Zealand International 22.8.13*)

## Keine kirchlichen Trauungen für gleichgeschlechtliche Paare

**Vanuatu:** In Vanuatu hat der Innenminister, Patrick Crowby, sämtliche Pfarrer des Landes davor gewarnt, Trauungen für gleichgeschlechtliche Paare durchzuführen und ihnen dies unter Strafandrohung verboten. Vanuatu sei ein christliches Land und solche Praktiken verstießen gegen die Verfassung, betonte er. Sollte ein Pfarrer dennoch eine solche Trauung durchführen, werde ihm und auch seiner ganzen Kirche die Lizenz für Eheschließungen entzogen. (*Radio New Zealand International 14.10.13*)

## Katholische Kirche ist insolvent

**Samoa:** Die katholische Erzdiözese Samoa steckt mit knapp zehn Millionen US-Dollar in einer Schuldenkrise und ist insolvent. Gehälter konnten seit Monaten nicht mehr bezahlt und Bankdarlehen nicht mehr bedient werden. Ein Weg aus der Finanzkrise der Kirche ist nicht absehbar, so das bittere Fazit einer externen Rechnungsprüfung. (*Samoa Observer 4.8.13*)

## Kirche vor Bildung

**Samoa:** Für die meisten Samoaner ist es wichtiger, Geld an die Kirche zu spenden, anstatt es in die Bildung der eigenen Kinder zu investieren, fand eine Studie des *Journal of Topical Geography* in Singapur heraus. Anstatt wie traditionell üblich ihre Verwandten auf dem Land finanziell zu unterstützen, ziehen die Menschen in den Städten es ebenfalls vor, ihr Geld lieber an Kirchen zu spenden. (*Samoa Observer 28.10.13*)

### Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion:** Julia Ratzmann

**Kirchliche Nachrichten:** Pfr. Thomas Paulsteiner

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 11, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG**

### Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News • BBC News • Islands Business • Flash d'Océanie • National • Oceania Flash • Pacific Beat • Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Sydney Morning Herald • Tahitipresse • The Lutheran • Wantok • Westpapua-Netzwerk

### Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSSTELLE

**Mission EineWelt**  
Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120